

# zeitung gegen den krieg

Nr. 44 Frühjahr 2019

Leidig / Thunberg u.a. Fridays for Future

Seite 3

Peter Wahl Die neue Weltunordnung

Seite 4

20 Jahre Kosovo-Krieg

Seiten 5-8

Gehrcke / Reymann Deutsche Bomben  
auf Jugoslawien Seite 6

Hänsel / Dagdelen Berlin-Paris-Geheimvertrag  
Seite 9

Ulla Jelpke Flüchtlinge und Krieg  
Seite 10

## Doppelter Selbstmord

In den 1980er Jahren bildete die Atomkraft die Klammer für das Erstarken von Friedensbewegung und Umweltbewegung, denn sowohl deren zivile wie ihre militärische Nutzung können die Menschheit vernichten. Bis heute hat es zwei militärische Super-GAUs in Hiroshima und Nagasaki gegeben und zwei zivile Super-GAUs in Tschernobyl und Fukushima. Friedensbewegung und Umweltbewegung haben sich gegenseitig gestützt und konnten die Mehrheit der öffentlichen Meinung für sich gewinnen.

Auch heute brauchen wir angesichts von Aufrüstung, Beendigung der Rüstungskontrolle und Naturzerstörung das Bündnis von Friedensbewegung und Umweltbewegung.

Beide warnen vor der realen Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit.

Die einen, weil die Eskalationsdynamik der Hochrüstung wieder in Gang gesetzt wurde.

Die anderen, weil die von Menschen verursachte Erderwärmung negative Folgen auslöst, die mit unserem Leben unverträglich sind.

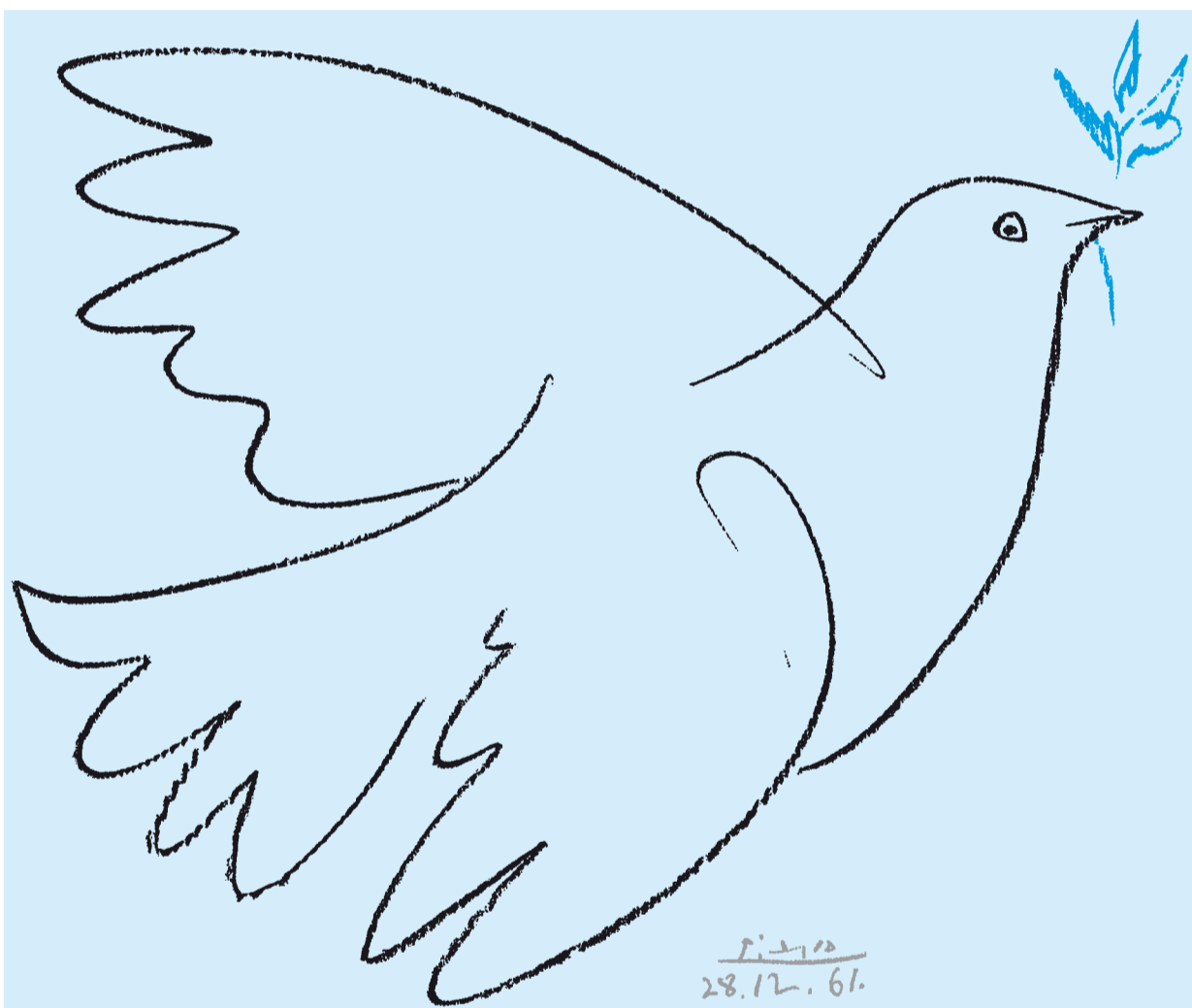
Die Atomwaffen sind der schnelle Selbstmord. Der Klimawandel bringt Selbstmord in Raten. Papst Franziskus hat das in der Öko-Enzyklika „Laudato Si“ so beschrieben: „Infolge einer rücksichtslosen Ausbeutung der Natur läuft der Mensch Gefahr, die Natur zu zerstören und damit selbst zum Opfer dieser Zerstörung zu werden.“

Erneut gilt: Friedensbewegung und Umweltbewegung müssen zusammenarbeiten. Sie kämpfen für den Frieden, gegen hemmungslose Zerstörung, verantwortungslosen Raubbau und unkontrollierte Macht. Uns macht stark, dass die große Mehrheit der Menschen den Frieden will, den Frieden auf der Erde und den Frieden mit der Natur.

Michael Müller, Bundesvorsitzender  
„Die NaturFreunde Deutschlands“

Liebe Leserin, lieber Leser, diese vierundvierzigste Ausgabe der *Zeitung gegen den Krieg* ist etwas Besonderes: 1., weil das ein kleines Jubiläum für das Blatt ist: Es wurde vor 20 Jahren während des Kosovo-Kriegs gegründet (s. S. 8); 2., weil wir während der Planung uns entschlossen haben, die Seitenzahl von acht auf zwölf zu erhöhen. Dies auch wegen der Bedeutung des Themas „20 Jahre Kosovo-Krieg“ (s. S. 5-8). Wir behalten den sehr günstigen Preis bei – ab 100 Ex. 15 Cent. Eine hohe Abnahme und Spenden helfen uns dabei. Wir bitten daher um Werbung, Verbreitung und finanzielle Unterstützung (siehe Impressum Seite 2). Die ZgK-Redaktion

## Wir lassen uns nicht länger mehr betrügen



Eugen Drewermann

Ihr sorgt Euch, sagt Ihr,  
um den Frieden.

Ihr sorgt Euch, sagt Ihr,  
um die Freiheit.

Ihr sorgt Euch, sagt Ihr,  
um die Sicherheit.

Jedoch: statt mit dem Frieden zu beginnen, rüstet Ihr Euch für immer neue Kriege. Erfindet Ihr Stufe um Stufe mörderische und scheußlichere Waffen. Verlegt Ihr Panzer und Raketen an die Grenzen Russlands. Modernisiert Ihr eure Atombomben. Macht Ihr die ganze Welt zum Schlachtfeld Eurer Drohnenmorde. Plant Ihr eine EU-Kampfruppe mit neuen Jagdkampfbombern und mit Flugzeugträgern. Erprobt Ihr jetzt bereits den „Krieg der Sterne“ sowie gezielte Cyberangriffe.

Dem Frieden dient das alles nicht. Wir wollen keine Ausbildung zum Töten auf Kommando.

Wir weigern uns, menschlichen Intellekt als Instrument in der Maschinerie des Militärs ins Unmenschliche umzuformen. Wir schämen uns, den vierten Rang im Export von U-Booten und Panzern weltweit einzunehmen. Wir wissen, dass die Steigerung der Militärausgaben auf dem Nato-Standard von 2% des BIP den Hunger und das Elend auf der Welt für Millionen Menschen wachsen lassen wird.

Wenn Ihr von Frieden sprecht, meint Ihr den Siegfrieden über den Friedhöfen von Hunderten von Millionen Menschen. Ihr braucht den Frieden nur zur Propagandalüge.

Deswegen glauben wir Euren Worten erst, wenn Ihr zum Ziel der Politik erklärt: A-Waffen raus aus Büchel! Schluss mit den geheimen Mordaufträgen der CIA in Ramstein. Schluss mit dem AFRICOM in Stuttgart. Schluss mit dem gesamten militärisch-industriellen Komplex. Das Wort für Frieden lautet: Abrüstung. Die wollen wir. Jetzt, allseits und umfassend.

Und wirklich: Freiheit wäre Euer Ziel? Was Ihr wollt, ist die Unterwerfung ganzer Völker und Kulturen in Kolonien von Konzern- und Kapitalinteressen. Ist der Zugriff auf die Rohstoffe durch Einmischung genehmer Gouverneure. Ist eine Spitzenstellung im Verteilungskampf von Macht und Einflusszonen. Deshalb musste, statt Europa vom Ural bis zum Atlantik abzurüsten, wie Gorbatschow es 1989 vorschlug, die Nato in all die Gebiete vorrücken, die in Europa und in Mittelasien nach dem Zusammenbruch der UdSSR in Fortsetzung des Kalten Krieges zu besetzen waren. Deshalb musste der Balkan dem Nato-Terrain zugeschlagen werden. Deshalb musste unter allen Umständen die Entstehung eines friedfertigen Wirtschaftsraumes in Gesamt-Eurasien, zwischen Lisboa und Wladiwostok, durch Rußlandfeindlichkeit verhindert werden – es hätte die US-amerikanischen Hegemonialansprüche stören können. Deshalb mussten seit 2001 sieben islamische Länder

in Bürgerkriege verwickelt werden. Mit dem Wort Freiheit tarnt Ihr nur den Willen zur Weltunterwerfung der Welt unter das Kontrollregime von NSA und Pentagon.

Freiheit, wie wir sie wollen, ist das Ende der globalen Ausbeutung und Fremdbestimmung. Ist der Respekt auch vor der Andersartigkeit der anderen. Ist unbedingt die Konversion von mehr als jährlich 1 Billionen Dollar für das Militär der USA, der Nato und der 27 EU-Staaten in Programme zur wirklichen Verbesserung der Lage in den Ländern auf der Südhälfte dieser Erde. Freiheit – das ist, in Selbstbestimmung uns vom Klammergriff der USA zu lösen und aus der Nato auszutreten als der größten und gefährlichsten Angriffsarmee der Welt zugunsten der Einheit und Verständigung der Völker. Der Terror der Angst ist keine Freiheit. Wir brauchen keine Schutzmacht jenseits des Atlantiks. Es gibt niemanden, der uns angreift, wenn wir nicht selber allerorten eingreifen würden. Wir sind so frei, dem Militär uns zu verweigern. Wir sind es leid, Euch zu gehorchen.

Und immerzu sprecht Ihr von Sicherheit und meint damit die Verbreitung von Angst vor fiktiven Feinden, die Ihr mit ausgefeilter Kriegstechnik in die Knie zu zwingen sucht. Rund um den Globus jagt Ihr Terroristen, jedoch: es werden ihrer immer mehr, je mehr Ihr ihrer tötet. Russland und China können uns bedrohen? Die beiden Staaten zusammen geben nicht ein Drittel von den 1000 Milliarden Dollar aus, die die USA und die Nato aufwenden, um die größte Militärmacht auf der ganzen Welt zu sein. Seid Ihr erst sicher, wenn Ihr mehrfach alle Menschen dieser Erde in Sekunden töten könnt? Eure Paranoia macht die ganze Welt unsicher und gefährlich. Wir wollen nicht länger mehr in der Furcht gefangen bleiben, mit der Ihr Eure fürchterlichen Kriege vorbereitet. Sicher kann man nur bei Menschen sein, denen man vertraut.

Deshalb schafft Sicherheit die Abschaffung der Bundeswehr. Wir brauchen sie nicht mehr. Wir hätten sie niemals gebraucht. Und Ihr werdet den Weg zu wahren Frieden und zu wahrer Sicherheit mit Euren Armeen, mit der Rendite Eurer Rüstung und mit der Bereitschaft zu stets neuen Kriegen nicht länger mehr versperren.

Wir lassen Euch in der Geschichte hinter uns. Wir setzen unsere Hoffnung auf die Zukunft. Wir glauben an den Frieden.

# Der INF-Vertrag, der neue Kalte Krieg und die Gefahr eines neuen Weltkriegs

Die Tagespolitik beschäftigt sich mit dem letzten Schwenk in Sachen Brexit oder der jüngsten Twitter-Botschaft von Donald Trump. Die Hochrüstung des Westens und die Gefahr eines großen, mit Atomwaffen geführten Kriegs, sind bislang nur wenigen Menschen bewusst. Die Aufkündigung des INF-Vertrags durch die US-Regierung stellt hier eine entscheidende Wende dar. Als INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces, deutsch: nukleare Mittelstreckensysteme) oder als „Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme“ bezeichnet man die bilateralen Verträge zwischen der Sowjetunion und den USA über die Vernichtung aller landgestützten Flugkörper mit kürzerer und mittlerer Reichweite. Um deutlich zu machen, welche Bedeutung der Schritte der Aufkündigung dieses Vertrags hat und um die Interessen, die zu dieser Entscheidung der US-Regierung, gestützt durch die Nato, geführt haben, hervorzuheben, dokumentieren wir im Folgenden fünf Fragen und Antworten.

## 1. Handelt es sich bei der Aufkündigung des INF-Vertrags nicht um

### Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Bärbel Schindler-Saefkow Berlin · Laura von Wimmersperg Berlin und Winfried Wolf Michendorf. **Verantwortlich für die Redaktion und im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.):** Winfried Wolf. Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

**Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen** Die Anstifter (Stuttgart) · Antikriegsforum Ludwigshafen · AG Frieden Trier · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario, Berlin · Willi Hoffmeister, Sprecher des Ostermarsches Ruhr · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Kampagne Krieg beginnt hier · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.), Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ, Köln · DIE LINKE (Parteivorstand)

**Gestaltung und Layout** Joachim Römer

**Redaktions- & Vertriebsadressen**  
Postanschrift BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf  
E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de  
Fax 030-227 76 179 · Tel. 030 - 22 77 3179  
(MdB-Büro H. Hänsel)

**Bezugspreise**  
Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten:  
von 1 bis 99 Ex = 25 Cent je Exemplar  
ab 100 Ex = 15 Cent je Exemplar  
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

**Spenden & Konto**  
Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind entsprechend steuerlich abzugsfähig. Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66 BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881

einen Konflikt zwischen den USA und Russland?

**Antwort:** Das ist nur vordergründig der Fall. Der INF-Vertrag verbietet generell atomare Mittelstreckenraketen der beschriebenen Art. Er

weiterhin das „Gleichgewicht des Schreckens“, das 70 Jahre lang funktionierte?

**Antwort:** Diese „Gleichgewicht des Schreckens“ war eher eine Hilfskonstruktion. Seine Verherrlichung als



Aktion der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung“ (Foto: IPPNW)

hob die Schwelle für einen atomar geführten Krieg deutlich an. Insofern handelte es sich zunächst tatsächlich um einen Abrüstungsvertrag, der für die USA und die Sowjetunion relevant war. Doch seit Ende der 1980er Jahre hat sich die Weltlage dramatisch verändert. Die Sowjetunion ist implodiert. Russland ist wirtschaftlich kein starkes Land (mehr). Inzwischen hat die VR China Russland und die USA überholt und ist zur Wirtschaftsmacht Nr. 1 aufgestiegen. China stellt für die USA die entscheidende Herausforderung dar. Die USA verteidigen ihre verbliebenen Positionen mit aller Macht – so mit einem (stark gegen Peking gerichteten) Handelskrieg. Gleichzeitig rüsten sie massiv auf. Und diese Hochrüstung richtet sich nur zu einem Teil gegen Russland. Sie zielt vor allem auf China.

2. Warum soll es eine Kriegsgefahr mit der Aufkündigung des INF-Vertrags geben? Gibt es nicht

Friedenssicherung ist falsch. Dass es im Zeitraum 1950 bis 1990 – also im Kalten Krieg – zu keinem großen Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion kam, war teilweise glücklichen Umständen und einer eher zurückhaltenden Politik der Führung in Moskau geschuldet. Es gab mehrere internationale Krisen, die in einen großen Atomkrieg hätten münden können. So im Fall der Kuba-Krise im Oktober 1962. Am 26. September 1983 war es dann die glückliche, individuelle Entscheidung eines sowjetischen Offiziers, mit der ein Atomkrieg verhindert wurde.<sup>1</sup> Von einem „Gleichgewicht“ kann hier nicht geredet werden. Die Welt spielte in dieser Periode eher Russisch Roulette.

3. Aber ist nicht Russland auch ein Aggressor?

**Antwort:** Die Friedensbewegung darf sich selbstverständlich nicht mit der russischen Politik identifizieren. So wie sie sich nicht mit der

sowjetischen Politik identifizierte. Der Einmarsch Russlands in Afghanistan Ende 1979 war zu verurteilen. In den 1980er Jahren richteten sich die massenhaften Mobilisierungen gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen auch gegen das Gegenstück zu den US-Raketen, gegen die sowjetischen SS-20-Raketen. Doch wir sollten die Kirche im Dorf lassen. Der russische Militärbudget macht weniger als ein Zehntel des US-amerikanischen aus. In jüngerer Zeit stagnieren die russischen Rüstungsausgaben, teilweise gingen sie sogar zurück. In den USA und in den übrigen Nato-Staaten gibt es das Gegenteil, findet Aufrüstung statt.

Bleibt die Annexion der Krim durch Russland. Ihr voraus gingen das fortgesetzte Vorrücken der Nato nach Osten und die Etablierung einer pro-westlichen Regierung in Kiew, die in der Ukraine die russische Sprache als zweite Amtssprache abschaffte. Damit wurden Millionen Bürgerinnen und Bürger in der Ukraine, deren Muttersprache Russisch ist, elementarer Rechte beraubt. Schließlich gab es auf der Krim, deren Bevölkerung sich in ihrer großen Mehrheit als russisch definiert, ein Plebiszit zugunsten eines Anschlusses an Russland. In dieser Hinsicht mag es im Völkerrecht unterschiedliche Positionen geben (siehe den Kommentar von Daniela Dahn S.3). Doch eines geht sicher nicht: Man kann nicht, wie die USA, die Nato und die EU dies tun, die Abspaltung des Kosovo von Serbien unter Verweis auf das „Selbstbestimmungsrecht“ unterstützen. Und dann die Abspaltung der Krim von der Ukraine verurteilen.

Vor allem müssen wir uns im Fall Russlands der geschichtlichen Tragweite der Themen Krieg und

Frieden bewusst sein. Russland wurde in den letzten 210 Jahren drei Mal von westlichen Armeen mit Angriffskriegen heimgesucht: 1812 (Napoleon), im Ersten und im Zweiten Weltkrieg.

4. Kann die EU in dieser Situation nicht als ausgleichender neuer Block wirken, der Konflikte mildert und Frieden stiftet?

**Antwort:** Nein. Die EU ist kein Schiedsrichter. Sie ist in ihrem Kern aktiver Spieler, ja Treiber bei der allgemeinen Militarisierung. Das ist spätestens so seit Ende 2017, als PESCO gegründet wurde: 23 EU-Mitgliedstaaten schlossen sich zu einem speziellem EU-Militärbündnis zusammen. Die PESCO-Staaten verpflichten sich, die Rüstungsausgaben von Jahr zu Jahr zu erhöhen. Es handelt sich dabei nicht um eine EU-Entscheidung, nicht um bindende Beschlüsse. Dänemark und Malta entschieden sich gegen eine PESCO-Mitgliedschaft. Doch alle anderen EU-Mitgliedstaaten, Deutschland und Frankreich vorneweg, sind Teil dieses Aufrüstungsblocks.

5. Ist es angesichts der Weltlage nicht nachvollziehbar, wenn Russland und China nun selbst aufrüsten?

**Antwort:** Nein. Damit wird der Rüstungswettlauf nur noch angeheizt. Die weltweite Friedensbewegung sollte allgemeine Abrüstung fordern und auch einseitige Abrüstungsschritte vorschlagen. Wichtig ist die Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrags zum Verbot aller Atomwaffen. Die EU und die einzelnen EU-Mitgliedstaaten verweigern bislang diesen Schritt.

**Anmerkung:**  
1 Siehe [https://de.wikipedia.org/wiki/Stanislaw\\_Jewgrafowitsch\\_Petrow](https://de.wikipedia.org/wiki/Stanislaw_Jewgrafowitsch_Petrow)

## +++ aktiv gegen krieg +++

### Neue Broschüre „Für eine atomwaffenfreie Welt Bremen und der Atomwaffenverbotsvertrag“

Die Bremische Bürgerschaft erklärte sich am 7. Dezember 2017 als bisher einziger Landtag per Beschluss für den UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Das Bremer Friedensforum hat zum Thema die Broschüre „Bremen und der Atomwaffenverbotsvertrag“ herausgegeben. Inhalt u.a. Anti-Atomwaffen-Appell an bremische Abgeordnete – Kundgebung mit Grußwort Bürgermeister Carsten Sieling – Beschluss der Bremischen Bürgerschaft – Empfang im Bremer Rathaus für Friedensnobelpreisträger ICAN – EKD-Friedensbeauftragter Renke Brahms protestiert gegen Atomwaffen – Anzeigenaktion „Eine Welt ohne atomare Bedrohung – Beiträge von Antje Grotheer (MdB) und Lars Pohlmeier (IPPNW). Der bundesweite Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen“: „Klasse, dass sich viele Friedensbewegte in ihren Städten aktiv für eine atomwaffenfreie Welt engagieren! Das Bremer Friedensforum (eine unserer großartigen Trägerkreisorganisationen) gibt jetzt eigens eine Broschüre dazu heraus. Spannend auch für alle Leute, die Anregungen für Aktionen in ihren Städten suchen!“ Bezugsadresse: Bremer Friedensforum, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen; E-Mail: [HYPERLINK](mailto:HYPERLINK), [mailto:info@bremerfriedensforum.de](mailto:mailto:info@bremerfriedensforum.de) Spenden erwünscht.

+++ engagiert für den friedens +++



„Wir demonstrieren gegen Rassismus und Krieg. Wir fordern Abrüsten statt Aufrüsten!“

Barbara Heller,  
Bremer Friedensforum

[www.bremerfriedensforum.de](http://www.bremerfriedensforum.de)



**Paola \*, Potsdam**

## Wir dürfen nicht geduldig sein!

„Ich weiß, dass die Schülerinnen und Schüler sich manches schneller wünschen...“ Dies sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem offiziellen Statement vom 2. März mit Nachdruck, als müssten die Demonstrant\*innen von Fridays for Future wie kleine unruhige Kinder dazu ermahnt werden, sich in Geduld zu üben. Als wäre noch genug Zeit. Aber Geduld ist ein Luxus, den man sich in puncto Klimakrise nicht leisten kann. Der erste Bericht des IPCC erfolgte bereits im Jahre 1990. Er diente als Basis für die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. In den seitdem vergangenen 29 Jahren gab es keine Verbesserungen der Klimapolitik. Ja, die Situation hat sich noch verschlimmert. Die ersten Auswirkungen

des Klimawandels sind bereits spürbar in den vermehrt auftretenden Stürmen, Unwettern, Fluten und anderen Naturkatastrophen der letzten Jahre. So gab es beispielsweise zwischen 1900 und 1930 im Durchschnitt sechs heftige Stürme und Hurricanes im Jahr. Seither hat sich die Anzahl mehr als verdoppelt. Aber statt wirklich sinnvollen und konsequenten Lösungsansätzen oder deutlichen Reaktionen auf die Fakten, werden die Schüler\*innen von oben herab wohlwollend gelobt oder scharf kritisiert. Aber das Ziel dieser Demonstrationen ist weder die Schule zu schwänzen, noch ein Schulterklopfen zu bekommen. Es geht um ein wirkliches Auseinandersetzen mit dem Thema, nicht nur auf Seiten der Demonstrierenden.

**Daniela Dahn**

## Ostermarsch! Kein neuer Ostmarsch!

Für die Politik gegenüber Russland besteht ein klarer demokratischer Auftrag. Der Bruch zwischen diesem Auftrag und seiner Umsetzung könnte größer nicht sein. 94 Prozent der Deutschen halten laut aktueller Forsa-Umfrage gute Beziehungen zu Russland für wichtig. Fast ebenso viele befürworten eine von den USA emanzipierte Politik, die die russischen Interessen berücksichtigt.

Vor sechs Jahren schon veröffentlichte die New York Times einen offenen Brief des russischen Präsidenten an das amerikanische Volk. Es war ein geradezu flehender Appell, zum Weg zivilisierter Vereinbarungen zurückzukommen und militärische Interventionen zu unterlassen. Aber da war Putin schon zum Lieblingsfeind erkoren. Längst erobert sie unter dem Propagandaschild der Menschenrechte gewaltsam geostrategische Macht. Doch keine bewaffnete „humanitäre Intervention“ hat Humanismus gebracht. Dennoch sollen die Ausgaben der NATO-Staaten immer weiter erhöht werden. Ohne

konkrete Bedrohungs- und Bedarfsanalyse, muss Russland erhalten für Rüstungsforderungen der US-Regierung, die auch als Bestandteil des Wirtschaftskrieges gegen Europa gedeutet werden können.

Russland ist kein Gegensatz zu Europa, sondern sein Bestandteil. Bis zum Ural auch geografisch. Seine Kunst hat die europäische geprägt: Dostojewski, Eisenstein, Tschaikowski, El Lissitzky und viele mehr. Europa verstümmelt sich mit der Absonderung von Russland – kulturell, ökonomisch, touristisch, menschlich. Und riskiert stattdessen Krieg. Die Nato verhängt Strafmaßnahmen – welcher historische Hintergrund legitimiert insbesondere die deutsche Anmaßung, gegenüber Russland wieder als Erziehungsberechtigter aufzutreten? Dafür, dass zur deutschen Staatsraison die Sicherheit Israels gehört, gibt es unabweisliche Gründe. Sie beruhen auf historischer Verantwortung. Aus denselben Gründen gebietet es sich, auch Frieden und Freundschaft mit Russland zur Staatsraison zu erheben.

**Sahra Wagenknecht**

## Abrüsten für Frieden und soziale Gerechtigkeit

Bundesfinanzminister Olaf Scholz präsentiert sich weiter als Hüter der Schwarzen Null, was den Bundeshaushalt angeht. „Wir können nicht alles finanzieren, was man sich wünscht.“, so Scholz' Mantra. Allerdings ist wieder einmal der Militärhaushalt die große Ausnahme. So sieht der Haushaltsentwurf für 2020 eine Steigerung des Wehretats im Vergleich zu 2018 von fast 39 Milliarden um weitere zwei Milliarden Euro (und im Finanzplan bis 2023 um 3,3 Mrd. Euro) vor. Zwar werden damit die eigenen Zusagen in Erfüllung des 2-Prozent-Ziels der NATO weit verfehlt. Trotzdem ist Deutschland auf dem Weg, noch vor Russland die stärkste Militärmacht in Europa zu werden. Es fragt sich wozu? Darüber hinaus gibt es insgesamt ein groteskes Missverhältnis zwischen den Militärausgaben der NATO mit fast einer Billion Dollar und Russland mit 63 Milliarden Dollar. Und

Deutschland leistet sich sogar noch den Luxus, eine Milliarde Dollar jährlich für US-Truppenstützpunkte wie denjenigen in Ramstein auszugeben. Während die Aufrüstung boomt, werden die Ausgaben für Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe eingefroren und ab 2021 sogar gekürzt. Man muss kein Prophet sein, um festzustellen, dass diese Aufrüstung zu Lasten von Sozialstaat und Entwicklungszusammenarbeit gehen wird. Statt Flugzeugträgern (6 Mrd. Dollar) brauchen wir Investitionen in die Wiederherstellung des Sozialstaats, in gute Bildung und Innovationen. Dazu bedarf es einer friedlichen Wende in der Außenpolitik: Beendigung der Hochrüstung, Entspannung mit Russland, Abzug der US-Atomwaffen und der 23000 US-Soldaten aus Deutschland.

**Greta Thunberg**

## „... dann sollten wir das System ändern!“

Viele Menschen glauben, dass Schweden nur ein kleines Land ist und es nicht wichtig sei, was wir tun. Ich aber habe gelernt, dass man niemals zu klein ist, um einen großen Unterschied machen zu können. Wenn ein paar Kinder es schaffen, Schlagzeilen auf der ganzen Welt zu bekommen, indem sie einfach nicht zur Schule gehen, dann stellen Sie sich mal vor, was wir alles erreichen könnten, wenn wir es wirklich wollten. Aber um das zu tun, müssen wir Klartext reden, egal, wie unangenehm das auch ist.

Sie reden nur deswegen vom ewigen Wirtschaftswachstum, weil Sie Angst haben, unpopulär zu sein. Sie sprechen immer nur davon weiterzumachen, mit denselben schlechten Ideen, die uns in diese Misere gebracht haben. Dabei wäre es das einzig Sinnvolle, die Notbremse zu ziehen. Sie sind nicht erwachsen genug, um das so zu formulieren. Selbst diese Bürde überlassen Sie uns Kindern. Mir geht es nicht darum, bekannt zu sein. Mir geht es um Klimagerechtigkeit und um einen lebenswerten Planeten. Unsere Zivilisation wird für die Chancen einer kleinen Gruppe von Menschen

geopfert, die immer mehr Geld verdienen wollen. Unsere Biosphäre wird geopfert, damit reiche Menschen in Ländern wie meinem in Luxus leben können. Es sind die Leiden der Vielen, die für den Luxus der Wenigen bezahlen.

[...] Wir können eine Krise nicht lösen, ohne sie als eine Krise zu behandeln. Wir müssen die fossilen Brennstoffe im Boden lassen. Wir müssen den Fokus auf Gerechtigkeit lenken. Wenn es unmöglich ist, Lösungen im bestehenden System zu finden, sollten wir das System an sich ändern. Wir sind nicht hierhergekommen, um vor Weltpolitikern darum zu betteln, dass sie sich kümmern. Sie haben uns in der Vergangenheit ignoriert und Sie werden uns wieder ignorieren. Uns gehen langsam die Ausreden aus, uns läuft die Zeit davon! Wir sind hierhergekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass ein Wandel kommen wird, egal, ob Sie es wollen oder nicht. Die wirkliche Macht gehört den Menschen. Vielen Dank.

Rede auf dem Klimagipfel in Katowice vom Dezember 2018, leicht gekürzt.

**Sabine Leidig**

## Raus aus der Autogesellschaft – für friedliche Verkehrsverhältnisse

„Geht zu Fuß! Fahrt weniger Auto!“, steht auf dem Schild einer Kindergruppe, die an einem Friday-for-Future für Klimagerechtigkeit demonstriert. Die Jugendlichen treffen ins Schwarze: der fossile Kapitalismus in Form der Automobilgesellschaft treibt Klimakrise, Krieg und Zerstörung an.

Bei der internationalen Mobilisierung junger Leute gegen den zweiten Golfkrieg (1991) lautete eine zentrale Losung „Kein Blut für Öl!“. Der Fluch der (Konflikt-)Rohstoffe hat viele Facetten: Lebensgefährliche Arbeitsbedingungen und gewaltsame Niederschlagung von Streiks in den Platin-Minen Südafrikas (das Edelmetall wird für Abgas-Katalysatoren gebraucht). In Brasilien werden für den Eisenerzabbau gigantische Mengen Regenwald abgeholzt. Es kommt zu tödlichen Verwüstungen: 2015 überflutete das Abwasser der Eisen-Mine Samarco eine ganze Landschaft; 2019 gab es einen Dammbruch beim Bergbaukonzern Vale, der 300 Menschen das Leben kostete. Der TÜV Süd hatte den Damm kurz zuvor als „sicher“ eingestuft. Das Eisen für die Stahlkarosserien stammt zumeist aus Brasilien. Schwermetall-

vergiftungen, Zerstörung und Konflikte bringen auch die Kupferminen in Peru (durchschnittlich 25 Kilogramm Kupfer werden in den Elektroteilen eines Autos verbaut). Grafit, das unter verheerenden Bedingungen in China ausgegraben wird, und Kobalt, für dessen Förderung schätzungsweise 40.000 Kinder im Kongo schuften, sind nötig für Autobatterien.

Egal was später aus dem Auspuff kommt: die massenhafte Autoproduktion ist schon vor dem ersten gefahrenen Kilometer zerstörerisch, kriegerisch, klimaschädlich und ungerecht. Weder Elektroantriebe, noch andere technische Raffinessen lösen diese soziale Frage.

Deshalb, liebe Friedensbewegte: unterstützt und propagiert die Aktionen und Veranstaltungen, die anlässlich der Internationalen Automobilaustragung (IAA) am 13./14./15. September 2019 in Frankfurt geplant sind: Fahrradsternfahrt, ziviler Ungehorsam und Ratschlag: für eine sozial-ökologische Verkehrswende; für friedliche und gerechte Verkehrsverhältnisse.

Mein Lieblingsplakat beim Friday-for-Future-Schulstreik: „Ich wünscht mir eine Welt ohne SUV-Fahrer“



Anzeige



E-Auto – die versprochene Klima- und Verkehrslösung, die die Probleme verschärft. Wir analysieren in unserem Heft 45, warum der e-auto-mobilen Weg in die Sackgasse führt: ökonomisch, ökologisch und gesellschaftlich.

Die CO<sub>2</sub>-Bilanz eines E-Pkw ist im Vergleich zu einem Benzin- oder Diesel-Pkw maximal um ein Viertel günstiger – wenn der gesamte Lebenszyklus des Autos betrachtet wird... Es ist verantwortungslos, beim Thema Auto den Verstand auszuschalten. Das wurde gut 100 Jahre lang beim Thema Rauchen gemacht. Wunderbar, dass da vor gut einem Jahrzehnt der Bann gebrochen wurde. Wir sollten erkennen, dass ebenso wie Nikotin ein Suchtmittel ist, das Leben millionenfach zerstört, das Auto ein mörderisches Suchtinstrument ist. In beiden Fällen gibt es vor allem Kapitalinteressen, die die materielle und ideologische Verbreitung dieses Suchtmittels betreiben. W. Wolf in Lunapark21-Heft 45

Immer wieder ist von der „Einführung der Elektromobilität“ die Rede. Abgesehen davon, dass nicht einmal das Elektroauto wirklich eine neue Erfindung ist und schon vor über 100 Jahren auf der Straße unterwegs war, ist die Elektromobilität im öffentlichen Verkehr schon seit Jahrzehnten verbreitet und technisch weit entwickelt. Leider hat die Elektromobilität jenseits der Auto-Mobilität aber bei den meisten Verkehrspolitikern keinen guten Stand... B. Knierim in Lunapark21-Heft 45

Lunapark21-Heft 45 ab April am Bahnhofskiosk. Bestellungen & Abos unter: [www.lunapark21.net](http://www.lunapark21.net)

# Die neue Weltunordnung: brandgefährlich

Peter Wahl

**K**onkurrenz, Konflikte, Krieg im internationalen System sind leider nach wie vor an der Tagesordnung. Jugoslawien, Irak, Libyen, Syrien sind Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit. Allerdings stecken wir gegenwärtig in einer Situation, die sich von „normalen“ Zeiten dadurch unterscheidet, dass die gesamte etablierte Weltordnung im Umbruch ist. Die bestehenden Hierarchien erodieren, und die bisher einzige Supermacht des 21. Jahrhunderts, die USA, wird durch den Aufstieg anderer Mächte in ihrer Hegemonialposition herausgefordert. Die kurze Epoche der unipolaren Dominanz der USA geht zu Ende, das internationale System entwickelt sich zur multipolaren Ordnung, auch wenn die USA ihre Dominanz mit Zähnen und Klauen verteidigen. So sagte schon 2014 Obama in einer Rede: „Amerika muss auf der Weltbühne immer die Führung haben.“ Seine Begründung: „Die USA sind und bleiben die einzige unverzichtbare Nation. Das war so im vergangenen Jahrhundert und das wird so bleiben im kommenden.“<sup>1</sup>

Zwar werden die USA noch lange Supermacht bleiben, aber eben nicht mehr die einzige. Der Umbruch ist höchst zwiespältig. Einerseits könnte sich die Chance zu einer Demokratisierung des internationalen

Systems eröffnen. Nach fünf Jahrhunderten Dominanz Europas und seines nordamerikanischen Ablegers über den „Rest der Welt“ wäre das ein Fortschritt. Andererseits könnte der Umbruch aber auch zu Instabilität, Ungewissheit

Denn es ist klar, dass die russische Regierung das nicht akzeptieren wird. Wenn dennoch darauf spekuliert wird, sie totzurüsten, könnte dies – anders als im Kalten Krieg – dazu führen, dass sie mit kostengünstigen Weltuntergangswaffen darauf reagiert, z.B. mit Superwasserstoffbomben, die die Atmosphäre zerstören. Die Hoffnung auf Sieg im Atomkrieg bleibt weiterhin Illusion.

Hinzu kommt, dass auch außerhalb des Dreiecks USA-China-Russland neue Faktoren der Instabilität durch Regionalmächte mit den dazugehörigen Konflikten entstehen. So z.B. im Nahen Osten, wo die Rivalität zwischen Saudi-Arabien, Iran und Türkei und die Verknüpfung mit dem Palästina-Konflikt ein hochexplosives Pulverfass bildet – einschließlich nuklearer Komponenten. Ähnlich liegen der Fall Nordkorea oder die jüngsten Kämpfe zwischen den Atommächten Indien und Pakistan in Kaschmir.

Und last not least findet all dies in technologischen Umbrüchen statt, die in ihrer Tragweite mit der ersten industriellen Revolution vergleichbar sind. Die militärische Nutzung von künstlicher Intelligenz, Cyberwar, autonomer Killersysteme, Militarisierung des Weltraums etc. bringen enorme und teilweise noch gar nicht abschätzbare Unsicherheiten ins internationale System.

Eine „Nebenwirkung“ der Verschiebungen im internationalen Machtgefüge besteht schließlich darin, dass riesige finanzielle, politische und intellektuelle Ressourcen absorbiert werden, die dann aber an anderer Stelle für die Lösung globaler Probleme, wie die Bekämpfung des Klimawandels und der Armut, fehlen.

## Atomarer Winter statt Klimaerwärmung

Trotz gewachsener Gefahren hat es Friedenspolitik derzeit schwer. Die Erinnerung an den Kalten Krieg ist verblasst. Die neuen Bedrohungen werden bislang kaum wahrgenommen. Und die Feinbildproduktion der Bewusstseinsindustrie deutet das Thema als „Putin-Versteherei“, so dass mancher lieber das gesamte Thema meidet. Dabei ist die neue Weltunordnung nicht minder gattungsbedrohend wie der Klimawandel. Natürlich kann es nicht darum gehen, die beiden Themen gegeneinander auszuspielen. Aber wenn es blöd läuft, erleben wir die Überschreitung der Zweigradgrenze nicht mehr, weil wir im atomaren Winter landen.

Peter Wahl ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Anmerkungen:

- 1 <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/05/28/remarks-president-west-point-academy-commencement-ceremony>
- 2 Allison, Graham (2017): *Destined for War: Can America and China Escape Thucydides's Trap?* Boston/New York



## +++ aktiv gegen krieg +++

### Stopp Air Base Ramstein: Drohnenkriege beenden heißt Truppenstationierungsvertrag kündigen

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Münster (Aktenzeichen: 4 A 1361/15) zu den illegalen Drohneneinsätzen ist eine schallende Ohrfeige für die Bundesregierung.

Das OVG hat damit die Bundesregierung aufgefordert, die Drohnenangriffe, die von der US-Basis in Ramstein aus gesteuert werden, auf ihre Zulässigkeit nach dem Völkerrecht zu prüfen.

Urteil bestätigt – wenn auch nur eingeschränkt –, was die Whistleblower Chelsea Manning und Edward Snowden veröffentlicht haben. Es unterstreicht die Bedeutung der intensiven Aufklärungsarbeit der Friedensbewegung, besonders der Kampagne Stopp Air Base Ramstein, über die illegale Kriegsführung der USA und die Unterstützung durch die deutsche Regierung. Ohne die Arbeit der Friedensbewegung, ohne die vorhergehenden Gerichtsverfahren wäre dieses Urteil nicht möglich geworden.

Jetzt muss der Truppenstationierungsvertrag für die US-Basis gekündigt werden. Das ist der Weg, den Drohnenkrieg zu beenden. Eine sogenannte Einzelfallprüfung ist bei US-Basen nicht möglich und niemals vollständig. Der Vertuschung und der Kriegskumpanei der Regierungen würde damit Tür und Tor geöffnet. Ein ungehinderter Zugang der Friedensbewegung, der Zivilgesellschaft und/oder des Parlaments wird durch die US-Administration verhindert. Den Drohnenkrieg real und umfassend beenden heißt, den Truppenstationierungsvertrag durch einen Beschluss des deutschen Bundestages zu kündigen. Das ist der sicherste Weg in eine friedliche Zukunft.

Dieses Urteil ist eine Ermutigung für unsere Aktionen, besonders jetzt in Vorbereitung der großen Protestaktionen der Stopp Air Base Ramstein Kampagne 2019 vom 23.-30. Juni 2019. Mehr Informationen auf [www.ramstein-kampagne.eu](http://www.ramstein-kampagne.eu).

Pascal Luig, Koordinierungskreis Stopp Air Base Ramstein.



Das  
schränkt

und möglicherweise fatalen Kontrollverlusten führen.

Aktiv betrieben wird die Transformation der Weltordnung vor allem von China und Russland, aber auch andere sympathisieren damit. So heißt es z.B. schon 2009 in der Erklärung des Gipfels der BRICS-Staaten (eines lockeren Zusammenschlusses von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) in Jekaterinburg: „Wir wollen eine demokratischere und gerechte multipolare Welt auf der Grundlage des Völkerrechts, der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts, der Zusammenarbeit, des gemeinsamen Handelns und kollektiver Entscheidungen aller Staaten.“

## Droht die Thukydides-Falle?

Zur Charakterisierung von Umwälzungen der Hegemonialordnung hat sich in der geopolitischen Diskussion der Begriff Thukydides-Falle eingebürgert. Thukydides war Historiker im antiken Griechenland und hatte selbst am Peloponnesischen Krieg (431-404 v. Chr.) teilgenommen. Im Kern ging es damals darum, dass die Vorherrschaft Athens über die hellenische Staatenwelt von Sparta gebrochen wurde. Eine Forschungsgruppe in Harvard hat 20 solcher Fälle quer durch die Geschichte analysiert, und kommt zu dem Ergebnis, dass es in 17 Fällen solcher Umwälzungen zum Krieg kam.<sup>2</sup>

Ein Beispiel, das uns noch ziemlich nahe ist, war der Erste Weltkrieg. Im 19. Jahrhundert hatte sich in Europa ein Mächtegleichgewicht unter englischer Führung herausgebildet. Die anderen Spieler waren

Frankreich, die Donaumonarchie, das zaristische Russland und Preußen/Deutschland. Nach der Reichsgründung 1871 begann ein rasanter Aufstieg Deutschlands. Bereits 1900 wurde England von Deutschland ökonomisch überholt. Ein Rüstungswettlauf begann, Berlin strebte auch einen „Platz an der Sonne,“ d.h. Kolonien an. Heute würde die Regierung es, „internationale Verantwortung übernehmen“ nennen. Es kam zu mehreren militärischen Zwischenfällen und im August 1914 dann zum Ersten Weltkrieg. Zwar gibt es keinen Automatismus, der unausweichlich zu Krieg führt, aber die Konstellation von damals weist beunruhigende Parallelen zu heute auf.

## Das Come-Back der Atomkriegsgefahr

Kern der aktuellen Umbrüche ist die Konfiguration Washington-Peking-Moskau. China wächst zur zweiten Supermacht heran. Derzeit vor allem noch ökonomisch und technologisch, aber perspektivisch auch militärisch. Russland ist im Vergleich dazu ein ökonomisches Leichtgewicht, aber immer noch das einzige Land der Welt, das die USA auch noch nach einem atomaren Erstschat in Schutt und Asche legen kann. Das ist für die USA seit langem ein Stachel im Fleisch, den sie gerne beseitigen würden.

Deshalb gibt es schon seit den 1990er Jahren Ansätze, Instrumente dafür zu schaffen, z.B. Raketabwehrsysteme oder die Fähigkeiten für einen Enthauptungsschlag. Die Versuche Washingtons, das atomare Gleichgewicht zu seinem Vorteil auszuhebeln, sind brandgefährlich.

## +++ engagiert für den frieden +++

Tabubruch Kosovo-Krieg

# Das Ja von Nato und EU zum Krieg als Fortsetzung der Geopolitik mit anderen Mitteln

Winfried Wolf

Am 24. März 1999 begann der Kosovo-Krieg. Es war ein Angriffskrieg der Nato auf die Bundesrepublik Jugoslawien. Ohne UN-Mandat. Gegen Völkerrecht. Gegen Nato-Satzung. Gegen das deutsche Grundgesetz. Mit dem massenhaften Bombardement auf zivile Ziele. Bei Einsatz international geächteter Munition und Waffen.

Es war für die EU der entscheidende Tabubruch. Mit ihr wurde der Teilnahme der EU bzw. von führenden EU-Staaten an späteren Kriegen (Afghanistan, Libyen) ein Scheunentor geöffnet. Die gegenwärtige Militarisation der EU wurde vorbereitet (siehe Seite 8).

Der Kosovo-Krieg gewinnt seine Bedeutung vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion 1990/91 und der neuen Rolle, die seither die USA spielen. Als damals noch größte Wirtschaftsmacht und als damals (und heute) mit Abstand stärkste Militärmacht formulierte US-Präsident George Bush senior 1990 den Satz: „We create a new world order“. Mit diesem Slogan zur Schaffung einer „neuen Weltordnung“ unter US-Vorherrschaft startete er den Golfkrieg 1990. Die zum selben Zeitpunkt geäußerte Feststellung des Politologen Francis Fukuyama, man sei nun „am Ende der Geschichte“ angelangt, kann durchaus vergleichbar gelesen werden: Ab diesem Zeitpunkt sollte nach dem Willen der US-Elite ein ewiges Zeitalter der radikalen Marktwirtschaft unter absoluter US-Hegemonie beginnen.

Der Nachfolger von US-Präsident George Bush im Weißen Haus, William („Bill“) Clinton, setzte diese Politik nahtlos fort, wenn auch in einer mehr smarten Art und Weise. Bush (senior) und Clinton vertraten gemeinsam die Auffassung, dass man nunmehr weder Rücksicht nehmen müsse auf Russland noch auf die UNO. Während der Republikaner Bush sich beim Golfkrieg 1990 noch um eine UN-Resolution, die diesen Krieg teilweise abdeckte, bemüht hatte, war dies für den Demokraten Bill Clinton 1999 erst gar kein Thema. Legal, illegal, kollateral – der Kosovo-Krieg wurde bewusst unter Verletzung geltender Völkerrechtsnormen geführt.

Es ging bei diesem Krieg nicht, wie auch heute im Rückblick oft behauptet, um eine „Weiterentwicklung des Völkerrechts“. Es ging um die Entsorgung des Völkerrechts, darum, das pure „Recht“ des Stärkeren zu proklamieren und zu praktizieren. Das wurde besonders deutlich im Januar 1999 bei den Verhandlungen in Rambouillet nahe Paris. Diese Verhandlungen fanden zu einem Zeitpunkt statt, als sich seit Herbst 1998 die Lage im Ko-



Fotos oben v.r.n.l.: 1999 – US-amerikanische Blackhawk-Hubschrauber steigen in Italien zum Einsatz im Kosova auf; die brennende Raffinerie von Novi-Sad nach einem NATO-Luftangriff; Grafik: Orte, an denen die NATO 1999 nachweislich Uranmunition eingesetzt hat

sovo erheblich beruhigt hatte und als hunderttausende Flüchtlinge in ihre ehemaligen Siedlungsgebiete zurückgekehrt waren. Rund 1400 Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) waren in der Provinz Kosovo stationiert worden; 15.000 Mann der serbischen Sonderpolizei hatten sich im Oktober 1998 aus dem Kosovo zurückgezogen. Die OSZE ließ jedoch zu, dass die UCK – sie wurde bis Mitte 1998 selbst vom US-Geheimdienst zutreffend als „Terrororganisation“ bezeichnet – im Kosovo faktisch die Macht übernahm. Das las sich in der Tageszeitung *Die Welt* vom 22. Januar 1999 wie folgt: „Die Rebellen sind fast überall dorthin zurückgekehrt, wo sie im Sommer [1998] waren. [...] Ferner haben sie neue Waffen herangeschafft, moderne Panzerschützengewehre, deren Kugeln zur Not auch mittlere Panzerungen durchschlagen können.“

In dieser Situation kam es am 16. Januar 1999 in dem Dörfchen Račak, mitten im Kosovo, zu dem, was als „Massaker“, begangen durch serbische Einheiten, ausgegeben wurde (siehe dazu S. 8). Im Gefolge dieses sogenannten Massakers wurden im französischen Rambouillet „Friedensverhandlungen“

geführt. Nach dem Vertragstext, der dort der serbischen Seite ultimativ vorgelegt wurde, sollte Belgrad akzeptieren, dass die Provinz Kosovo einen „Internationalen Verwalter“ erhält, dass dort 28.000 Mann Nato-Soldaten stationiert werden, dass im Kosovo in drei Jahren ein Referendum über eine mögliche Lostrennung von Serbien stattfinden sollte, dass die UCK faktisch als Polizeigewalt in Kosovo agieren würde ... und dann vor allem, dass sich „NATO-Personal [...] innerhalb der gesamten Bundesrepublik [Jugoslawien] einschließlich ihres Luftraums und ihrer Territorialgewässer frei und ungehindert bewegen können“ müsse. Damit wären Serbien und Montenegro zu einem Aufmarschgebiet der NATO geworden.

Es war klar, dass die serbische Seite einen solchen „Vertrag“ nicht unterschreiben konnte. Und dies war auch das Ziel. Es sollte keine serbische Unterschrift, es sollte Krieg geben.

## Den Bombern gingen die Ziele aus

Es folgte an 78 Tagen ein intensives Bombardement durch NATO-Flugzeuge. Beteiligt waren 1000 Kampfflugzeuge der Luftstreitkräfte unter anderem aus den USA, Großbritan-

nien, Deutschland, Italien, Spanien und der Türkei. Es gab 35.000 Luftsätze. 6500 Zivilisten und 500 jugoslawische Soldaten fanden den Tod. 200 Fabriken wurden dem Erdboden gleichgemacht. Raffinerien wurden in Brand geschossen. 33 Brücken, ein großer Teil des Straßennetzes und der Infrastruktur der Eisenbahn wurden zerstört. Hunderte Dörfer wurden in Brand gesteckt. In fast allen Städten Jugoslawiens wurden Regierungsgebäude, Rathäuser, Kirchen, Klöster, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Kindergärten, Sportanlagen,

Gebieten, in denen nachweislich solche DU-Geschosse eingesetzt wurden, war in den letzten Jahren eine massiv erhöhte Rate an Krebserkrankungen festgestellt worden. Der US-Botschafter in Belgrad, Kyle Scott, löste mit seiner Behauptung, der Anstieg der Krebsfälle in Serbien habe nichts mit den Uran-Geschossen zu tun und sei vielmehr eine Folge „des ungesunden Lebensstils vieler Serben und der rückständigen medizinischen Versorgung im Land“ Empörung aus.

Uran-Munition war von der NATO bereits 1995 in Bosni-



Museen, Gedenkstätten, ja sogar Friedhöfe bombardiert und oft in Schutt und Asche gelegt. Der NATO gingen buchstäblich die Ziele aus bzw. diese Ziele mussten mehrmals neu definiert und damit immer mehr rein zivile Ziele ins Visier der Bomber genommen werden. Dabei legte die NATO Wert auf die Feststellung, jedem einzelnen Angriffsziel „politisch zugestimmt“ zu haben.

Der Krieg wurde von den internationalen Rüstungsindustrie als *showroom* verstanden. Einige der im Krieg eingesetzten Waffen dürften überhaupt erstmals oder erstmals in großem Umfang eingesetzt worden sein. Das gilt beispielsweise für den Einsatz von *Graphit-Bomben*. Es handelt sich um Bomben, die Graphit-Fäden austreuen und damit zu Kurzschlüssen im Hochspannungsnetz und in Umspannstationen führen. Mit dem Einsatz dieser Bomben konnte die Elektrizitätsversorgung ganzer Gebiete oder von Wohnvierteln für längere Zeit ausgeschaltet werden. So konnte man am 23. Mai in der *Süddeutschen Zeitung* lesen: „Kein Licht, kein Wasser, keine Straßenbahn [...] Luftangriffe der NATO auf die Stromversorgungssysteme Serbiens haben zu Beginn des dritten Monats der Bombardierung Jugoslawiens die Städte Belgrad, Novi Sad und Nis und einen großen Teil des Landes in Katastrophensituation versetzt.“ Ohne Zweifel handelte es sich hier um völkerrechtswidrige Maßnahmen, die gezielt gegen die Zivilbevölkerung gerichtet waren. Die fatalen Folgen beispielsweise in Krankenhäusern sind naheliegend.

## Uranmunition – die Aktualität der Kriegsfolgen

Besonders fatal war und ist der Einsatz von Uran-Munition. Die NATO hatte nach dem Krieg eingestanden, im Kosovo und in Serbien 30.000 Geschosse mit abgereichertem Uran (depleted Uranium, DU) abgefeuert zu haben. Belgrad nannte 50.000 Geschosse. Das entspricht zwischen 10 und 15 Tonnen Uran. In jüngerer Zeit lebt in Serbien die Debatte über die Folgen des Einsatzes der uranhaltigen Munition neu auf. Die serbische Tageszeitung *Politika* berichtete am 8. November 2018 ausführlich über das Thema. In

en eingesetzt worden. Vor allem aber wurden solche Geschosse im großen Umfang im Irak-Krieg 1990 verschossen – also just zum Auftakt der „new world order“-Strategie der US-Regierung. Im Gefolge des Irak-Kriegs bilanzierte Ramsey Clark, der ehemaliger Justizminister der USA: „Die Wirkungen der Uran-Mantelgranaten waren durchaus bekannt. Testgelände für diese Waffen in Minnesota und New Mexico blieben ständig radioaktiv [...] Wissenschaftler aus Saudi-Arabien berichteten [nach dem Irak-Krieg; M.K.] über einen Anstieg der Radioaktivität entlang der Nordgrenze des Landes. Dem Bericht der [britischen Atomenergiebehörde] UKAEA zufolge verursachen 40 Tonnen radioaktiver Trümmer in der Wüste möglicherweise bis zu 500.000 Todesfälle. Uran-238 behält seine Radioaktivität über Jahrtausende. Demnach dürfen ganze Regionen im Irak und in Kuwait für immer tödlich und unbewohnbar bleiben.“

## Vorbild für Israels Kriege

Das Vorgehen der NATO im Jugoslawien-Krieg 1999 war einerseits beispiellos und andererseits *beispielgebend*. Sieben Jahre später diente die NATO-Aggression der Regierung in Tel Aviv als Muster für das Vorgehen im Libanon-Krieg, der am 12. Juni 2006 begann. Der israelische Premierminister Ehud Olmert rechtfertigte die katastrophalen Auswirkungen der israelischen Luftangriffe auf den Libanon mit den folgenden Worten: „Die europäischen Länder haben den Kosovo angegriffen und dabei 10.000 Zivilisten umgebracht. [...] Ich sage ja nicht, dass es falsch war, im Kosovo zu intervenieren. Aber bitte: Erzählt uns nicht, wie man mit Zivilisten umgeht.“

Zum Thema Uran-Munition siehe vor allem die Arbeiten des Filmemachers Frieder Wagner: *Deadly Dust* (Todesstaub) (2007): <https://www.youtube.com/watch?v=AiIXPOEDpQ>  
*Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra* (2004): <https://www.youtube.com/watch?v=ERMabAyg4X0>

Und das Buch von Frieder Wagner, *Todesstaub Made in USA* (siehe: <https://mediashop.at/buecher/todesstaub-made-in-usa/>)

## Der Jugoslawienkrieg



# Wendepunkt deutscher Nachkriegsgeschichte

Wolfgang Gehrcke & Christiane Reymann

**T**eens und Twens mögen es für normal halten, dass sich die Bundeswehr in Afrika, Afghanistan, Syrien und auf anderen Kriegsschauplätzen herumtreibt; sie kennen es nicht anders. Doch normal war das lange Zeit nicht. 1949, als die Erinnerung an den großen Krieg noch frisch war, sagte der langjährige Chef der CSU Franz-Josef Strauß (FJS): „Wer noch einmal das Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen.“ Später hätte er gar nicht genug Hände zum Abfallen haben können, so viele Gewehre sind durch seine, die Hände des Verteidigungsministers und Rüstungslobbyisten FJS gegangen. Doch die Erfahrung von Krieg und Nachkrieg hat ihre Spuren im Grundgesetz hinterlassen. Es begrenzt die Bundeswehr auf die Landesverteidigung. Es verbietet Angriffskriege und deren Vorbereitung. Selbst Helmut Kohl war

bis zum Ende seiner Kanzlerschaft überzeugt: Wo einmal deutsche Soldaten waren, sollen keine deutschen Soldaten wieder hinkommen.

Doch aus dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers zogen nur die „Ostblock“ genannten Staaten des Warschauer Vertrages die Schlussfolgerung, ihr Militärbündnis aufzulösen. Die NATO blieb, dehnte sich bis an die Grenzen Russlands aus, 16 Mitglieder hatte sie 1990, 29 im Jahr 2019.

Für Deutschland läutete die Vereinigung das baldige Ende militärischer Zurückhaltung ein. Zuerst der Tabubruch zur Kriegsführung im Ausland, der ist mit dem Jugoslawienkrieg verbunden, gleich gefolgt von den inzwischen 18 Jahren Krieg in Afghanistan. Dann die Umstellung der Bundeswehr von einer Wehrpflichtigen- auf eine Freiwilligenarmee. Sie stellt das flexible Personal für die wechselnden Auslandseinsätze, derzeit sind es elf. Ihnen wird die militärische Ausrüstung angepasst: Neben dem Diktat

zur Aufrüstung durch den Lissabon-Vertrag der EU und die Beschlüsse der NATO enthält z.B. der *Aachener Vertrag* zwischen Frankreich und Deutschland vom 22. Januar 2019 das Projekt zur gemeinsamen Entwicklung einer bewaffnungsfähigen europäischen Drohne, eines Flugzeugträgers und eines Kampfpanzers. Und trotz der Kündigung des INF-Vertrags zum Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen durch die USA – jetzt kann Europa wieder zum Austagungsort eines Atomkrieges werden – wehrt sich die Bundesregierung nicht gegen die Modernisierung der US-Atomwaffen in Büchel.

Zurück zum Jugoslawienkrieg: Mit der Bundestagswahl von 1998 ging endlich die bleierne Zeit der Kohl-Ära zu Ende. Doch just als die Chance bestand, alle Militärpakte aufzulösen, haben der SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Grünen-Außenminister Joseph Fischer sie durch eine bleihaltige Zeit ersetzt. Das war und ist der

tiefteste Einschnitt nach dem Zweiten Weltkrieg.

Noch bevor Gerhard Schröder als sozialdemokratischer Bundeskanzler und Josef Fischer als grüner Außenminister im Bundestag vereidigt wurden, waren sie zu einem „Antrittsbesuch“ in Washington. Nicht einmal Oskar Lafontaine, damals designierter Finanzminister und SPD-Vorsitzender, wusste von dieser Reise. Es ging um zweierlei: Erstens verlangte die US-amerikanische Regierung von den nicht ganz kalkulierbaren neuen Partnern den Schwur auf die NATO. Noch heute gilt das Gebot, Washington wird keine Bundesregierung dulden, die Zweifel an ihrer NATO-Bündnistreue aufkommen lässt. Als Zweites wollte Washington Klarheit, dass die Bundeswehr dabei sei, falls die NATO Krieg gegen Jugoslawien führen würde. „15 Minuten“, so heißt es, hätten Fischer und Schröder im Oktober 1998 „Zeit gehabt, sich zu entscheiden“, schrieb die *Zeit* rückblickend. Mit ihrer Hilfe setzten

dann die USA ihre eignen Interessen durch. Ohne deutsche Beteiligung hätten sie den Jugoslawienkrieg nicht führen können. Sie wollten ihn aber, um zu unterstreichen, dass die NATO sich nicht auf Verteidigung beschränkt, sondern ihren globalen Machtanspruch tatsächlich durchsetzt. Jetzt mussten nur noch die Menschen in Deutschland rasch von ihrer „Kriegsmüdigkeit“ geheilt werden. Dazu wurde die terroristische UCK zu einer Befreiungsorganisation umgemodelt und das alte Jugoslawien, früher als couragierter Konterpart zum „Sowjetimperium“ hofiert, als gewalttätig, autoritär, eben: kommunistisch diskreditiert.

In der Bevölkerung wurde der NATO-Krieg durchgesetzt mit Schilderungen monströser Verbrechen „der Serben“, von Massakern war die Rede, KZ's, Plänen zur Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen. Keine der Lügen, die der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping, SPD, mit grausamen Bildern vortrug, hat einer Überprüfung standgehalten. Übertroffen wurde Scharping nur noch von Joseph Fischers Vergleich des Kosovo mit der Rampe von Auschwitz. Was „man“ damals zugelassen habe, dürfe sich heute nicht wiederholen. Durch diese Gleichsetzung der Grausamkeiten in einem Bürgerkrieg mit dem faschistischen Völkermord an den europäischen Juden wurde der Jugoslawienkrieg zu einem quasi religiösen Akt der Sündenvergebung, zur „Sühne“ für Auschwitz. Das war die Geburtsstunde der „humanitären Intervention“ als Kriegsgrund. Dazu bedurfte es Rot-Grün. Das hätte eine schwarz-gelbe Bundesregierung nicht geschafft.

Bereits dieser erste NATO-Krieg – zudem ein Krieg mit deutscher Beteiligung – hat eines überdeutlich gemacht: Die NATO ist ein Kriegsbündnis. Wer Frieden will, muss aus der NATO austreten. Die NATO muss aufgelöst werden. Sie ist nicht reformierbar.

Wolfgang Gehrcke ist Außenpolitiker der Partei DIE LINKE; Christiane Reymann ist Autorin und Aktivistin.

## Der Kosovo-Krieg: ein blinder Fleck bei Wikipedia

**D**er Nato-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, das zu diesem Zeitpunkt noch aus Serbien, Kosovo und Montenegro bestand, begann – so war es glücklicherweise im März 2019 noch in den meisten Medien zu lesen bzw. zu hören – vor exakt zwanzig Jahren, am 24. März 1999. Ginge es nach dem Welt-Lexikon Wikipedia, gäbe es keinen Kriegsbeginn an diesem Tag. Mehr noch: Es gäbe keinen Nato-Angriff als Kriegsbeginn. Bei Wikipedia in der deutschen Fassung heißt es, der Krieg habe am „28. Februar 1998“ begonnen. Die englische Wikipedia-Fassung bevorzugt eine vage Formulierung für den Kriegsbeginn und definiert diesen auf „late February 1998“, also auf Ende Februar 1998. In der französischen Ausgabe von Wikipedia wiederum wird einerseits auch ein präziser Tag als Kriegsbeginn genannt, allerdings ein ganz anderer, nämlich „6 mars 1998“ [siehe Originaltexte unten].

In allen drei Wikipedia-Fassungen wird also von einem Krieg, von dem es gemeinhin heißt, er habe am 24. März 1999 begonnen und dann 78 Tage und bis zum 10. Juni 1999 oder knapp drei Monate gedauert, behauptet, dieser habe sich über mehr als 15 Monate hinweg gezogen. Und während in der deutschen Wikipedia-Fassung in diesem Krieg als „Konfliktparteien“ (!) die Befreiungsarmee des Kosovo (UCK), die jugoslawische Armee und serbische Ordnungskräfte sowie „Nato-Streitkräfte unter Führung der USA“ aufgeführt werden, ist die Darstellung in der englischen Ausgabe von Wikipedia nochmals verzerrter. Danach wurde der Krieg zwischen der jugoslawischen Armee und der UCK ausgefochten, wobei letztere „Luftunterstützung durch die NATO und Unterstützung am Boden durch die Armee Albaniens erhalten“ hätten. Die NATO, die ja die entscheidende Kriegspartei war, wird hier in einer Nebenrolle gesehen – auf

der gleichen Ebene wie die Armee Albaniens, die in den meisten Berichten über den Kosovo-Krieg 1999 erst gar nicht auftaucht. Sie wird erst jetzt bei Wikipedia derart „geadelt“ – um einem einzigen Ziel zu dienen: zu verschleiern, dass dies ein Nato-Angriffskrieg war.

Wie absurd die Darstellung bei Wikipedia ist, zeigt bereits die Tatsache, dass es – hier in der deutschen Fassung von Wikipedia – heißt: „Anlass [für den Krieg; M.K.] war die Nichtunterzeichnung des Vertrags von Rambouillet durch den serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic.“ In einer tabellarischen Randnotiz in derselben Wikipedia-Ausgabe wird sogar explizit als „casus belli“, also als Kriegsgrund, genannt: die „Nichtunterzeichnung des Vertrags von Rambouillet durch die BR Jugoslawien“. Da nun die Verhandlungen über einen Vertrag zwischen Belgrad und der UCK in Rambouillet – einem Schloss in der Nähe von Paris – erst am 6. Febru-

ar 1999 *begannen* und da in allen Wikipedia-Fassungen zum Kosovo-Krieg das Nichtzustandekommen dieses Vertrags als „Anlass“ für den Krieg angeführt wird, ist ein Kriegsbeginn ein knappes Jahr früher schlechterdings unmöglich.

Wobei es nun durchaus vorstellbar ist, dass die Verantwortlichen für das hoch volatile Wikipedia-Lexikon in Zukunft neue Anpassungen vornehmen werden, sodass derlei krasse Ungereimtheiten nivelliert werden.

Es handelt sich offensichtlich hier um weitreichende Geschichtsfälschungen durch Wikipedia. Den Begriff der „fake news“ gab es damals zwar noch nicht. Und der damalige US-Präsident Bill Clinton, der eigentliche Kriegsherr, hatte ein deutlich positiveres Image als der aktuelle Hauptmieter im Weißen Haus zu Washington. Doch der Kosovo-Krieg ist ein Beispiel für mediale Manipulationen auf einem ausgesprochen hohem Niveau. Dies

ist symptomatisch, wie mit diesem Krieg auch insofern Geschichte geschrieben wurde, als bereits die Grundlagen einer seriösen Geschichtsschreibung (wie Kriegsbeginn, Kriegsdauer und exakte Nennung der Kriegsgegner) entsorgt werden.

Original Wikipedia; deutsche Ausgabe: „Der Kosovokrieg (auch als Kosovo-Konflikt bezeichnet, albanisch Lufta e Kosovës, serbisch Kosovски sukob Kosovski sukob) war ein bewaffneter Konflikt im Rahmen der Jugoslawienkriege um die Kontrolle des Kosovo vom 28. Februar 1998 bis zum 10. Juni 1999.“ Wikipedia englisch: „The Kosovo War was an armed conflict in Kosovo that started in late February 1998 and lasted until 11 June 1999.“ Wikipedia französisch: „La guerre du Kosovo a eu lieu du 1998 au 1999, sur le territoire de la République fédérale de Yougoslavie, opposant l'armée yougoslave à l'armée de libération du Kosovo et l'Organisation du traité de l'Atlantique nord (OTAN).“ [Jeweils abgerufen am 17. März 2019].

Armut, Ausverkauf, Auswanderung

# Doch für Weltbank und EU macht Serbien „Fortschritte“

Hannes Hofbauer

Die Weltbank verbreitet hoffnungsfrohe Zahlenreihen. Demnach ist das serbische Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2018 um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Schaut man sich die Lage vor Ort in Belgrad an, kann man den Optimismus nicht bestätigen. Straßen und Gehwege sind in schlechtem Zustand. Obdachlose bevölkern die Unterführungen. In den besten Geschäftslagen an der Knez Mihailova-Straße werden Flohmärkte abgehalten. Ein befreundeter Journalist, der knapp 100 Kilometer außerhalb der Hauptstadt wohnt, muss ein gemeinsames Treffen absagen, weil er aktuell das Geld für die Fahrtkosten nicht aufbringen kann.

Nach sechsjähriger Vorbereitung im Rahmen des sogenannten Stabilitäts- und Assoziierungsabkommens, erklärte der EU-Rat im Juni 2013 seine Bereitschaft zur Einleitung von EU-Aufnahmegesprächen mit Serbien. Am 1. Januar 2014 begann dann der konkrete Unterwerfungsprozess Belgrads unter das Brüsseler Regelwerk. Seitdem dominiert die Debatte um die Übernahme des in eine Vielzahl von Kapiteln unterteilten EU-Rechtsbestands in serbische Gesetzestexte den politischen Diskurs.

Während die Europäische Union ihr bereits an elf osteuropäischen Ländern praktiziertes Aufnahmeprozeder routiniert abspielt, konzentriert sich die Weltbank auf die Neuformierung wirtschaftlicher Kernbereiche. Zentral dabei sind die Eigentumsverhältnisse, weshalb großes Augenmerk auf möglichst vollständige Privatisierungen gelegt wird. Diese haben in Serbien bereits eine lange, wiewohl wechselhafte Tradition. Eine erste Privatisierungswelle fand in den 1990er-Jahren unter Slobodan Milošević statt.

Betriebe aus der Periode der titolistischen Arbeiterselbstverwaltung fanden vielfach neue Eigentümer. Der NATO-Krieg im Frühjahr 1999 zerstörte dann Infrastruktur und Industrie im großen Stil. Brücken und Eisenbahnstrecken brachen unter dem Bombenhagel genauso zusammen wie petrochemische und Metallbetriebe. Das legendäre Auto- und Waffenkombinat in Kragujevac litt unter heftigen Kriegsschäden. Die Schifffahrt auf der Donau, eine der wichtigsten Verkehrsadern des Landes, war durch zerstörte Eisenbahn- und Autobahnbrücken über ein Jahr lang blockiert.

Nach der Machtübernahme durch Zoran Đinđić Anfang der 2000er-Jahre setzte eine neue Welle von Privatisierungen ein. Das Autowerk *Zastava* in Kragujevac erhielt mit Fiat einen italienischen Mehrheitseigentümer, das Stahlwerk in Smederewo mit US-Steel einen US-amerikanischen; mittlerweile übernahm der chinesische Stahlriese HBIS den Stahlkoher. Ein letzter größerer selbstverwalteter Betrieb, das Pharmaunternehmen *Jugoremedija* in Zrenjanin wurde in den Konkurs getrieben.

Für die Weltbank ist genug nicht genug. Der für Serbien zuständige Weltbank-Manager Stephen Ndegwa weist darauf hin, dass es noch viel zu tun gibt und nimmt konkret die nach wie vor staatlichen Betriebe Petrohemija, den Chemiekomplex MSK, die Kupfermine RTB Bor und die Resavica-Minen ins Visier.

Geradezu euphorisch reagieren EU- und Weltbankökonom auf die in den vergangenen Jahren angestiegenen ausländischen Direktinvestitionen. Die Freude hat einen einfachen Grund: Das Kapital zieht den billigen Produktionsbedingungen hinterher. Und diese können sich in Serbien sehen lassen. Der Durchschnittslohn liegt



An einer Bushaltestelle in einer serbischen Kleinstadt (Grafik: J. Römer)

zur Zeit bei 420 Euro netto, die Körperschaftssteuer ist mit 10 Prozent eine der niedrigsten in Europa. Zusätzlich schießt der serbische Staat bei dem, was er als Start-up-Unternehmen definiert, pro geschaffenen Arbeitsplatz bis zu 10.000 Euro zu. Er lässt sich die Senkung der Arbeitslosigkeit, die im Frühjahr 2019 bei rund 14 Prozent liegt, etwas

kosten – zum Nutzen von Investoren. Internationale IT-Konzerne werden besonders hofiert. Giganten wie Microsoft, IBM und Intel haben längst Programmier-Center eröffnet. Dort verdienen dann junge IT-affine Serben bis zu 1500 Euro monatlich, das Dreifache des Durchschnittseinkommens.

Neben Weltbank-Krediten und

EU-Programmen ist es vor allem chinesisches Kapital, das Serbien als wichtigen Standort für das Großprojekt Neue Seidenstraße, die Belt-and-Road-Initiative, entdeckt hat.

## Armut und Auswanderung

Die Hauptausfuhrsgüter in die EU sind zum großen Teil nicht verarbeitete landwirtschaftliche Produkte wie Getreide, Zucker und – an der Spitze – Himbeeren. Das wertvollste „Exportgut“ ist der Mensch. Jährlich emigrieren 30.000 bis 60.000 mehrheitlich junge, flexible, ungebundene Männer und Frauen meist in Richtung Europäische Union. Seit 1990 waren es über eine Million.

Nach der EU-Definition von relativer Armut gelten aktuell 24,6 Prozent der serbischen Bevölkerung als arm. Emigration scheint vielen als Hoffnung, der grassierenden Armut zu entkommen. In Serbien lebten am Ende der Tito-Ära im Jahr 1981 noch 9,3 Millionen Menschen. 2019 sind es 7 Millionen. Zig-tausende Ärzte und Ingenieure haben dem Land den Rücken gekehrt. Der dadurch verursachte volkswirtschaftliche Schaden ist enorm. Serbien gehört zu den großen Verlierern dieser Art von Weltoffenheit.

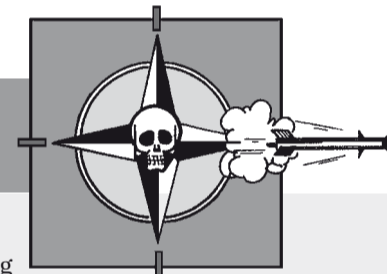
Hannes Hofbauer verfasste u.a. das Buch *Experiment Kosovo. Die Rückkehr des Kolonialismus* und zum Thema ist erschienen: *Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert*, Wien 2018.

## +++ 70 Jahre NATO +++

### NATO 70 Jahre – kein Grund zu feiern

Am 4. April 2019 „feierte“ der Dinosaurier NATO mit einem Außenminister\*innen-Treffen in Washington seinen 70. Geburtstag. Trotz aller Bemühungen der Friedensbewegung, die Nato auf der Müllhalde der Geschichte zu entsorgen, ist aggressiver denn je. Leider widerspiegelt sich das in Deutschland weder adäquat in den Mainstream Medien noch in den politischen Diskursen. Umso erfreulicher, dass nicht nur in Washington zahlreiche Gegenaktionen stattfanden, sondern auch in Deutschland in 20 Orten Veranstaltungen organisiert wurden. In einigen Orten wurde neben „70 Jahre NATO“ auch der Überfall auf Jugoslawien vor 20 Jahren thematisiert. Andere beschäftigten sich mit der EU-Militarisierung und Pesco.

Die Atomwaffen und die Kündigung des INF-Vertrages spielten ebenso eine Rolle wie die Einkreisung Russlands durch neue Militärstützpunkte im Osten und die Erweiterung der Manöver. Bleibt zu hoffen, dass dieser Schwung auch für die Vorbereitung des nächsten NATO-Gipfels in London im Dezember 2019 genutzt werden kann. Denn auch dort wird sich die NATO nicht auflösen, selbst wenn das auf einer alternativen Auflösungs-Geburtsfeier bereits vorweggenommen wurde. Die NATO wird in London ihr 30 Mitglied Nord-Mazedonien aufnehmen. Auch eine Ausweitung von Global NATO scheint geplant. Gespräche mit Brasilien haben bereits stattgefunden. Mehr Infos [www.no-to-nato.org](http://www.no-to-nato.org).  
Kristine Karch



# Die Nato – Bündnis für die Verharmlosung des Infernos, für Krieg und Propaganda

Bernhard Trautvetter

Die Nato feierte Anfang April ihr 70. Jubiläum als „Wertegemeinschaft“, die für „Frieden, Demokratie, Freiheit und die Herrschaft des Rechts“ steht. So das Gründungsdokument. Ein Ex-Vorsitzender der SPD bezeichnete die Nato-Staaten als „Partner und Freunde“. Die Obfrau der Grünen im Bundestagsausschuss ‚Rüstungskontrolle‘, Katja Keul, schrieb im Blatt *Publik Forum*: Als „Verteidigungsgemeinschaft ... brauchen wir die NATO. ... Im Moment müssen wir froh sein, wenn die NATO ... nicht auseinanderbricht...“

Der Propaganda der Nato-Kräfte von ganz rechts bis zu den Grünen steht die Realität entgegen. Das wird schon an der Nuklearrüstung deutlich: 2017 schrieben führende

Strategen des NATO-Thinktanks „Joint Air Power Competence Centre“ aus Kalkar im Vorbereitungsmanuskript zu ihrer Jahreskonferenz: „Eine ‚unbenutzbare‘ Waffe wird niemanden abschrecken. Deshalb brauchen Nuklearstaaten Pläne für deren Einsatz.“

Diese Öffnung für den nuklearen Erstschatz fügt sich in immer wiederkehrende Wortmeldungen aus der Nato ein: Fünf führende Militärs, darunter General Klaus Naumann, ehemaliger Vorsitzender des militärischen Komitees der NATO, betonten 2008, dass die Optionen für einen „nuklearen Erstschatz“ ein „unverzichtbares Instrument“ der NATO-Strategie bleiben soll, „einfach weil es keine realistische Aussicht für eine Welt ohne Atomwaffen gibt.“ 2015 schrieb Dr. Karl-Heinz Kamp, Direktor an der Bun-

desakademie für Sicherheitspolitik, im Arbeitspapier Sicherheitspolitik Nr. 3/2015: „Es ist nicht der primäre Daseinszweck einer Nuklearwaffe, abgerüstet zu werden.“

Die Lügen der Nato beginnen mit der Behauptung, sie müsse zwei Prozent der Wirtschaftsleistung fürs Militär aufwenden, um „Sicherheit“ zu gewährleisten. Schon jetzt betragen die Militärausgaben der Nato-Staaten rund das 14-fache der Ausgaben des erklärten Hauptfeindes Russland. Die Militärausgaben der Nato gehen auf Kosten von Bildung, Gesundheit und weiterer Bereiche der sozialen Sicherheit.

Beim Nato-Gipfel in Wales 2014 rechtfertigte die Nato ihre Hochrüstung mit dem Ukraine-Konflikt und der Krim. Sie verschweigt, dass der Nato-Staat Türkei große Teile Zyperns gewaltsam besetzt hält. Die

Nato misst mit zweierlei Maß. Sie greift sich die Darstellungen heraus, mit denen sie meint, die Öffentlichkeit am leichtesten für ihre Politik der Steigerung von Spannungen manipulieren zu können. Die Völkerrechtsbrüche beim Jugoslawien-, Irak-, Syrien- und Libyenkrieg alleine machen deutlich, dass die Nato dasjenige Staatenbündnis ist, von dem aktuell die massivsten und häufigsten Völkerrechtsbrüche ausgegangen sind. Die Vermischung des UNO-mandatierten ISAF-Afghanistan-Krieges mit dem Antiterror-Krieg „Operation Enduring Freedom“ ist ein weiteres Element einer Kriegspolitik, die zum Zerfall ganzer Regionen führt.

Die Aufkündigung des INF-Vertrages zum Verbot nuklearer Mittelstreckenraketen basiert auf der unbelegten Behauptung, Russland

breche den Vertrag durch Marschflugkörper bei Kaliningrad. Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI zweifelt die Angaben der USA und der Nato an. Im Gegensatz dazu sind US-Abwehrraketen in Polen und Rumänien leicht und schnell in Offensivsystem umzurüsten, was einen Bruch mit dem INF-Vertrag gleichkommt.

Die von der Nato ausgehende Gefahr wird durch die EU-Militarisierung flankiert. Eine Förderung kollektiver Sicherheitssysteme im Rahmen der UNO und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die die Sicherheitsinteressen aller Seiten berücksichtigt, kann der Gefahr der Apokalypse, die der Zivilisation droht, beugen.

Bernhard Trautvetter ist Organisator von Friedensaktivitäten, darunter Demonstrationen gegen Nato-Konferenzen in der Messe Essen, und Mitglied in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN).

# Kosovo-Krieg, deutsche Politik und die Zeitung gegen den Krieg

Winfried Wolf

Während des Kosovo-Kriegs gab es in der deutschen Bevölkerung eine deutliche Mehrheit gegen den Krieg und insbesondere gegen die Beteiligung deutscher Soldaten in diesem Krieg. Nach unterschiedlichen Umfragen waren zwischen 55 bis 65 Prozent gegen den Krieg. Doch im Parlament gab es eine Mehrheit von 93 Prozent der Abgeordneten für den Krieg. Die Partei des Demokratischen Sozialismus – PDS (heute: DIE LINKE) war die einzige Fraktion, die gegen den Krieg Stellung nahm – und dies geschlossen.

Die PDS war nach den Bundestagswahlen vom September 1998 erstmals als Fraktion mit insgesamt 36 Abgeordneten vertreten. Trotz ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zum Krieg stand die PDS bei den gegebenen Bedingungen unter einem immensen Druck. Als z.B. am 16. Januar 1999 die fake news zu Račak die Medien überfluteten, nahm auch die PDS-Fraktion die Darstellung der NATO für bare Münze und gab Erklärungen ab, in denen von einem „Massaker“, das „die jugoslawische Regierung zu verantworten“ habe, die Rede war.

Bereits Anfang April, knapp zwei Wochen nach Beginn des Nato-Bombenkriegs, erschien die neu gegründete „Zeitung gegen den Krieg – ZgK“. Im Impressum stand: „Die Zeitung gegen den Krieg

herausgegeben von der PDS im Deutschen Bundestag, in der der Bundesminister der Verteidigung, Herr Kollege Rudolf Scharping, als „Kriegsminister“ diskreditiert wird. [Zuruf von der CDU/CSU: Pfui!] Ich weise diese Unerhörtheit deutlich zurück. [Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP].“ In ähnlicher Weise äußerte sich der Verteidigungsminister Rudolf Scharping, der dabei besonders kritisierte, dass „diese Zeitung mit Steuermitteln“ finanziert werden würde (sie wurde finanziert mit den Mitteln, die der PDS-Fraktion nach Recht und Gesetz zur Verfügung standen).

Darauf beschloss eine Mehrheit der PDS-Bundestagsfraktion, ab sofort keine Gelder mehr für die „Zeitung gegen den Krieg“ zur Verfügung zu stellen und damit die Zeitung einzustellen. Die „Zeitung gegen den Krieg“ erschien allerdings weiter. Ab Nr. 4 stand im Impressum: „Herausgegeben von Tobias Pflüger, Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Tübingen, und Dr. Winfried Wolf, MdB.“ Ergänzend wurden im Impressum 14 PDS-MdBs (das waren knapp 40 Prozent der Fraktion) aufgeführt, die die ZgK weiter (auch mit Geld) unterstützten. So konnten während des Krieges und bis Juni 1999 noch drei weitere Ausgaben erscheinen. Die Auflage lag nun allerdings „nur“ bei 50.000 Exemplaren je Ausgabe. Nun musste die Zeitung auf Rechnung vertrieben werden. Und es war nicht



Der Tabubruch Kosovo-Krieg hatte zwei entscheidende Voraussetzungen. Erstens die Einbindung von SPD und Grünen. Dieser Krieg mit maßgeblicher deutscher Beteiligung wäre nicht möglich gewesen, wenn im September 1998 Helmut Kohl die Wahl gewonnen und SPD und Grüne Oppositionsparteien geblieben wären. Die zweite Voraussetzung war: SPD und Grüne als Regierende mussten das Ja zum Bruch von Völkerrecht und Verfassung besonders engagiert und zynisch-demagogisch begründen, dabei die verbrecherische deutsche Politik im Zweiten Weltkrieg auf den Kopf stellend. Das klang beim Bundeskanzler Gerhard Schröder, SPD, so: „Wir [...] sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.“ Der Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping, SPD, argumentierte wie folgt: „Inzwischen werden im Kosovo [von den Serben] offensichtlich Konzentrationslager eingerichtet.“ Ludger Volmer, Staatssekretär der Grünen, behauptete: „Das, was Milosevic betreibt, ist Völkermord. Er bedient sich der gleichen Kategorien, deren sich Hitler bedient hat.“ Der deutsche Außenminister Joseph Fischer, Grüne, benutzte die Sprache des Kriegsverherrlichers Ernst Jünger: „Jetzt werden die Grünen gehärtet oder zu Asche verbrannt.“

Nach Abschluss des Waffenstillstands am Ende des Kosovo-Kriegs marschierten 50.000 NATO-Soldaten im Kosovo ein. Darunter auch einige Tausend deutsche Bundeswehr-Soldaten. Sie wurden von der albanisch-kosovarischen Bevölkerung überwiegend freudig begrüßt; nicht selten mit dem Hitler-Gruß. Dazu hieß es im „Leitfaden für Bundeswehrsoldaten im Kosovo“, herausgegeben im Juni 1999 vom „Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr“: „Es ist nicht auszuschließen, dass Sie von Verwandten oder Freunden ehemaliger Angehöriger der SS-Division 'Skanderberg' [einer unter dem NS-Regime in Großalbanien dienenden Einheit; W.W.] oder albanischer Partisanenbataillone [...] auf geschichtliche Bezüge angesprochen werden. Die Motive hierfür müssen nicht unbedingt in der Heroisierung der deutschen Vergangenheit liegen. Es ist denkbar, dass der Betreffende

in seiner Sympathie für Deutschland [...] einen Anhaltspunkt sucht, um eben diese Begeisterung bei unzureichenden Sprach- und nur punktuellen Geschichtskennnissen zum Ausdruck zu bringen. Er könnte genauso gut einen deutschen Fußballer nennen.“

## Drei Lehren

Die Begründungen für den NATO-Krieg wurden bald nach dem Krieg erst gar nicht mehr vorgetragen. Was in Račak passierte, ist zumindest nicht aufgeklärt; sehr viel spricht dafür, dass es sich um eine Manipulation, organisiert von der UCK, handelte. Der deutsche Verteidigungsminister Scharping hatte behauptet, serbische Kommandos verfolgten eine „Operation Hufeisen“. Er verfüge über „einen Beweis dafür, dass schon im Dezember

1998 eine systematische Säuberung und Vertreibung der Kosovo-Albaner geplant waren.“ Dieser Hufeisenplan entpuppte sich bald als pure Fälschung eines westlichen Geheimdienstes.

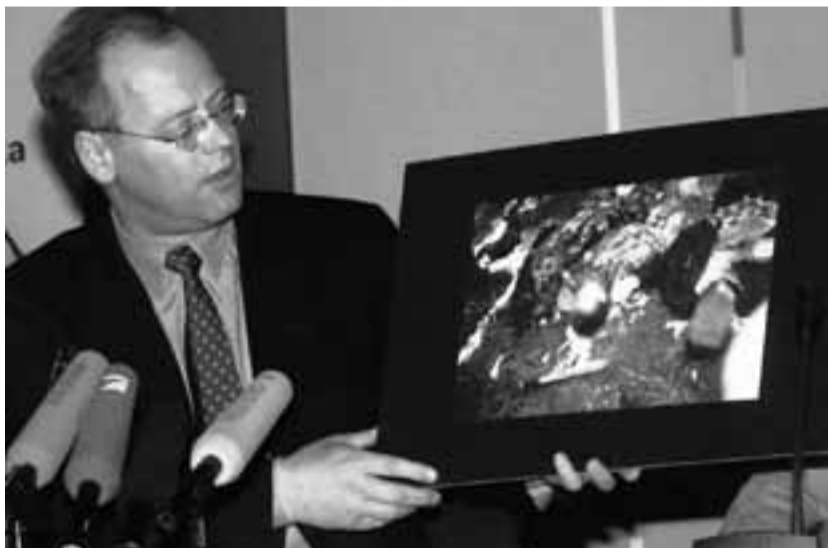
Das Hauptanliegen der „humanitären Intervention“ hatte gelautet, man müsse eine ethnische Säuberung des Kosovo verhindern. Einmal abgesehen davon, dass der Westen in den Jahren zuvor gestattet hatte, dass 1995 rund 200.000 Serbinnen und Serben aus der Krajina, in Kroatien, von der kroatischen Armee vertrieben worden waren, besteht das Resultat des Kriegs in einer neuen, groß angelegten ethnischen Säuberung. Mehr als 250.000 Serben, slawische Moslems und Roma mussten nach dem Krieg den Kosovo verlassen. Viele hundert wurden unter den Augen der NATO-Truppen, die nach dem Waffenstillstand in den Kosovo einrückten, von UCK-Kommandos ermordet.

Drei Lehren sind zu ziehen: Erstens: Die Kräfte, die Kriege vorbereiten, sind gewaltig. Es kommt zu einem umfassenden Prozess der Gehirnwäsche für Millionen. Darauf müssen wir auch in Zukunft vorbereitet sein.

Zweitens: Die Triebkräfte, die hinter dem Kosovo-Krieg standen, waren überwiegend „nur“ politische – solche, die mit dem US-Konzept der „new world order“ verbunden waren (siehe Seite 5). Ein kommender großer Krieg wird in weit stärkerem Maß zusätzlich von ökonomischen Triebkräften befeuert werden. Siehe der sich hochschaukelnde Handelskrieg.

Drittens: Wir müssen den Kampf für den Frieden wieder ins Zentrum rücken. Willy Brandt hatte recht mit dem Satz: „Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Winfried Wolf war 1994 bis 2002 Bundestagsabgeordneter der PDS. Er ist seit 1999 verantwortlich für die Zeitung gegen den Krieg.



Der damalige deutsche Verteidigungsminister Scharping (SPD) behauptete, er verfüge über „einen Beweis dafür, dass schon im Dezember 1998 eine systematische Säuberung und Vertreibung der Kosovo-Albaner geplant waren.“ Die Existenz solcher serbischen Pläne entpuppte sich bald als Fälschung eines westlichen Geheimdienstes.

wird herausgegeben von der PDS-Fraktion im Bundestag. Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Winfried Wolf, Bundeshaus, 53113 Bonn...“ Bis Mitte April waren drei Ausgaben erschienen; Nr. 3 hatte eine vertriebene Druckauflage von 250.000 Exemplaren. Am 15. April fand eine Bundestagsdebatte zum Krieg statt. In dieser polemisierte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Peter Struck, gegen die Zeitung mit den Worten: „Ich möchte hier [...] für meine Fraktion deutlich ausdrücken, wie peinlich ich den Vorgang des Besuches von Herrn Gysi in Belgrad und seine Begegnung mit Herrn Milosevic finde, [Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der F.D.P.] und darauf hinweisen, dass mir hier eine Zeitung vorliegt,

einfach war, in wenigen Tagen einen Bedürfnissen in der Bevölkerung entsprechende Vertriebslogistik aufzubauen.

Wenn ich heute die Protokolle der Bundestagsplenardebatten während des Krieges lese – und dabei insbesondere das Augenmerk auf die Beiträge von ansonsten ernsthaften ehemaligen Kollegen aus der SPD und den Grünen werfe – dann sehe ich wieder die Bilder dieser unglaublichen Macht der Manipulation und der Hetze vor mir, die mit jedem Krieg verbunden ist und die in der konkreten Konstellation, in der sich die Bundesrepublik Deutschland damals befand, besonders fatal wirkte.

**Grüne und SPD trommelten für einen Krieg**

Anzeige

**Frieden! Jetzt! Überall!**  
Ein Aufruf

**Mit Beiträgen von**  
Peter Brandt  
Reiner Braun  
Michael Müller  
Gunter Hofmann  
Michael Kellner  
Kai Niebert  
Wolfgang Schwarz  
Michael Succow  
Jürges Voges  
Hubert Weiger  
Harald Welzer  
Iris Berben  
Frank Bsirske  
Renan Demirkan  
Cornelia Füllkrug-Weitzel  
Margot Käbmann  
Willi van Ooyen  
Sahra Wagenknecht  
Wolfgang Biermann  
Sigmar Gabriel  
Wolfgang Gerhard  
Heidemarie Wieczorek-Zeul  
Heinrich Bedford-Strom  
Reinhard Marx  
Jürgen Trittin  
Norbert Lammert  
Marlies Tepe  
Antje Vollmer  
Katarina Barley  
Gerhart Baum  
Reiner Hoffmann  
Anton Hofreiter  
Götz Neuneck  
Ruprecht Polenz  
Wiltrud Rösch-Metzler  
Kathrin Vogler  
Ernst-Ulrich von Weizsäcker

224 Seiten  
Kleppertaschenbuch  
13,5 cm x 21,5 cm  
18,00 € (D), 19,50 € (A)  
ISBN 978-3-89489-249-3  
WG 972

Auch als eBook erhältlich

Westend Verlag GmbH  
Neue Kräfte 28  
60311 Frankfurt  
Tel.: 069 247 50 18 – 0  
info@westendverlag.de  
www.westendverlag.de

► Friedensaufruf von 30 Prominenten aus allen Bereichen der Gesellschaft

► Wie eine neue Friedensbewegung aussehen kann

Wie Deutschland und Frankreich an Öffentlichkeit und Parlamenten

vorbei die Rüstungsexporte forcieren wollen

# Geheimsache Mordsgeschäfte

Sevim Dagdelen & Heike Hänsel

Es war eine perfekte Inszenierung, als Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am 22. Januar im Krönungssaal des Aachener Rathauses einen neuen Freundschaftsvertrag unterzeichneten, der den vor 56 Jahren geschlossenen Élysée-Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit erneuert. Was die Bevölkerung und auch die Parlamente beider Staaten zu diesem Zeitpunkt nicht wussten: Acht Tage zuvor hatten beide Regierungen einen geheimen Annex verhandelt, der es in sich hat. Die Bundesregierung will zukünftig bei Kooperationen mit der französischen Rüstungsindustrie die deutschen Rüstungsexportrichtlinien aushebeln. Man werde sich „nicht gegen einen Transfer oder Export in Drittländer stellen“, heißt es in dem zweiseitigen Doku-

zeichnung des Aachener Vertrages und des geheimen Zusatzes, hatten sich CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und ihre französische Amtskollegin Florence Parly auf die vorläufige Aufteilung der Milliardenvorhaben geeinigt. Die Entwicklungsstudien für den geplanten Kampfjet werden von Dassault Aviation und Airbus übernommen, den Panzer planen Rheinmetall und die deutsch-französische Rüstungsholding KNDS. Unter dem Dach dieser Holding haben sich im Sommer 2015 das deutsche Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei Wegmann und der französische Rüstungskonzern Nexter geschlossen.



## +++ abrüsten statt aufrüsten +++

### RüstungSWAHN und ProfitGIER Oder: In welcher Welt leben wir eigentlich?

Als ob das Ziel „2 Prozent des BIP für Rüstungsausgaben“ – fast eine Verdopplung der gegenwärtigen Ausgaben – noch nicht ausreichen würde. Offensichtlich kommt bei den Rüstungskonzernen und ihrer Lobby der Appetit beim Fressen. Wenn es nach der neuen CDU-Vorsitzenden und der Bundeskanzlerin geht, benötigt Deutschland einen Flugzeugträger. Hier wird massiv die Aufrüstung weiter vorangetrieben. Es geht um Milliarden Euro Steuergelder, die für weitere Aufrüstung ausgegeben werden. Und um satte Gewinne die in die Taschen der Rüstungskonzerne wandern.

Die Kosten eines neuen Flugzeugträgers liegen bei rund 10 Milliarden Euro. Dabei geht es bei der Forderung nach einem Flugzeugträger vor allem um ein Symbol, um die Demonstration der neu gewachsenen, imperialen Herrschafts- und Machtträume. Die Debatte um den Rüstungshaushalt 2020 ist eröffnet. Die Verteidigungsministerin teilt mit: Wir brauchen sofort zusätzliche 32 Milliarden Euro, um die Rüstungsprojekte, die im Ministerium alle schon fest eingeplant sind, zu finanzieren. Sie nannte dabei u.a. als „nicht finanziert“ oder als „unterfinanziert“ das neue Kampfflugzeug, den Nachfolger des Eurofighter, einen neuen militärischen Lastkraftwagen, das Truppen- und Materialtransportflugzeug A 440 (das seit 20 Jahren in der Diskussion ist und jedes Jahr mehr Geld verschlingt) sowie die Marine-Korvetten. Reiner Braun

„Wir bleiben atlantisch und werden europäischer“, so der Jargon der Regierungskoalition aus Union und SPD.

Ursula von der Leyen forderte auf der sogenannten Sicherheitskonferenz in München eine „gemeinsame Linie zwischen Sicherheitsinteressen und humanitären Prinzipien“. Dabei zeigt der Aachener Vertrag mit seinem heimlich ausgehandelten Annex gerade die militaristische Agenda der neuen deutsch-französischen Zusammenarbeit – und damit die Aufgabe humanitärer Prinzipien. Geradezu zynisch schwor Angela Merkel die Öffentlichkeit und Medien jüngst im Parlament auf „unbequeme Diskussionen“ ein. Merkel: „Wenn Großbritannien oder Frankreich eine andere Haltung zu der Frage haben,

wie man Einfluss auf arabische Partner nimmt, um den Jemen-Krieg zu beenden, als wir [...] kann es da sein, dass wir dann sagen: 'Von uns gibt es kein Teil mehr für irgendein Produkt, das in Großbritannien oder Frankreich gefertigt wird?'“

Martin Schulz, SPD, stimmte ihr zu.

Wir müssen dafür sorgen, dass es nicht nur „unbequeme Diskussionen“ gibt, sondern dass sie mit diesen skrupellosen Rüstungsexportplänen nicht durchkommen.

Die beiden Autorinnen sind Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Bundestag; beide sind stellvertretende Vorsitzende dieser Fraktion.

Grafik links: [solid] Baden-Württemberg · Foto oben: Netzwerk Friedenskooperative

ment, das inzwischen geleakt wurde. Von einem möglichen Vetorecht bei Waffenverkäufen in Diktaturen wie Saudi-Arabien, über das zwischen Berlin und Paris monatelang diskutiert wurde, ist in dem Geheimpapier keine Rede mehr.

Und in der Tat haben beide Seiten viel vor: Unter dem Arbeitstitel „Future Combat Air System“ soll ein Kampfflugzeug entwickelt werden, das – Bodenstationen und Begleitdrohnen eingeschlossen – ab 2040 den Eurofighter ersetzen soll. Das „Main Ground Combat System“ soll dann die Nachfolge des Kampfpanzers Leopard 2 antreten. Zudem planen Berlin und Paris ein neues Artilleriesystem zu bauen, zu nutzen – und natürlich zu vermarkten. Schon im Dezember 2018, einige Wochen vor der öffentlichen Unter-

Vertrag ist also eher der Grundstein für eine deutsch-französische Rüstungsunion, die Waffen in alle Welt verkauft und als militaristisches „Kerneuropa“ den Takt für die Rest-EU vorgibt. Dazu gehören auch die zunehmende Verquickung der Waffenschmieden beider Länder und die 6.000 Personen starke deutsch-französische Infanteriebrigade, die gemeinsame Nutzung von Lockheed-C-130-Transportflugzeugen im französischen Évreux oder die Ausbildung von Eurofighter-Piloten aus beiden Staaten. Die binationale Rüstungskonzeption ist mit bis zu 80 Milliarden Euro Investitionsvolumen in den ersten 30 Jahren nicht nur ein gewaltiges Rüstungsprojekt. Sie dient auch der Aufstellung einer neuen europäischen Militärmacht unter Führung von Berlin und Paris.

## +++ aktiv gegen krieg +++

### Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts

Die internationale Lage wird immer bedrohlicher. Doch die Bundesregierung ist unfähig zu friedenspolitischem Handel. Statt Abrüsten steht sie für Aufrüsten. Deutsche Soldaten sind in vielen Ländern im Kriegseinsatz. Mit deutschen Waffen wird in aller Welt getötet. Der Bundesregierung ist all dies noch nicht genug – sie will „mehr Verantwortung“ für Deutschland: Das bedeutet noch mehr Kriegsbeteiligungen. Höhere Rüstungsausgaben. Militarisierung der EU. NATO-Aufmarsch an der Grenze zu Russland. Aufstockung der Truppen in Auslandseinsätzen. Aushöhlung des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen. Entwicklung neuer Nuklearwaffen, die die Schwelle für einen Einsatz dieser Waffen gefährlich senken. Bilanz:

Politische Vernunft und Abrüstung bleiben auf der Strecke. Wie bereits in den achtziger Jahren müssen es die betroffenen Menschen richten und „Nein“ sagen. Ermutigend ist, dass immer mehr junge Menschen für eine friedvolle Welt demonstrieren. Hunderttausende gehen für #unteilbar, #seebrücke, für „Fridays for Future“ und damit gegen den Klimawandel auf die Straßen. Und das weltweit. Auch sind wieder immer mehr Gewerkschafter dabei.

Die Friedensbewegung wird an Ostern mit vielfältigen und kreativen Aktionen agieren für Frieden, Abrüstung und die gemeinsame Sicherheit in ganz Europa. Wir werden wieder mehr. Das ist gut und notwendig. Schließlich wissen wir alle: Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Wir fordern zum Mitmachen auf. Und zur Unterstützung der Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“. Infos zur Kampagne abrüsten statt aufrüsten: <https://abruesten.jetzt/> Willi van Ooyen

## +++ engagiert für den frieden +++

## Abschieben und töten lassen

# Abschiebungen nach Afghanistan nehmen zu, trotz extrem hoher Opferzahlen

Ulla Jelpke

Die Zahl der Abschiebungen nach Afghanistan hat im vergangenen Jahr weiter zugenommen – und das, obwohl die UN-Mission in Kabul im Jahr 2018 mehr zivile Todesopfer registriert hat als jemals zuvor seit Beginn der Erfassung im Jahr 2009.

Die Auffassung der Bundesregierung, Abgeschobenen stünden innerhalb Afghanistans ausreichend sichere Fluchtmöglichkeiten zur Verfügung, steht in wachsendem Widerspruch zu Einschätzungen u.a. von UNO. Selbst das US-Militär stellte jüngst im Februar 2019 fest, dass die Kontrolle der afghanischen Regierung über das Territorium weiter rückläufig sei, während der Einfluss der Aufständischen ansteige.

3804 Zivilisten sind nach Angaben der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) im letzten Jahr getötet worden, 7189 wurden verletzt. Man muss dazu sagen: Die tatsächliche Zahl dürfte weit höher sein. UNAMA zählt nur Todesfälle, die von drei verschiedenen Quellen bestätigt werden. 63 Prozent der zivilen Opfer werden den Aufständischen zugeschrieben, die meisten davon den Taliban, in zunehmendem Maß allerdings auch dem „Islamischen Staat“ (IS). Tote und Verletzte sind hier häufig die Folge von Selbstmordanschlägen und Sprengvor-

richtungen.

Deutlich wird mit dem UN-Bericht, dass die Zivilbevölkerung zwischen den Fronten aufgerieben wird: Denn 24 Prozent der zivilen Opfer sind Pro-Regierungskräfte bzw. den internationalen Streitkräften zuzuschreiben – deutlich mehr als in der Vergangenheit. Allein durch Luftangriffe wurden 536 Zivilisten getötet und 479 verletzt worden – das ist ein Anstieg von mehr als 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Zwei Drittel dieser Opfer sind Frauen und Kinder.

Der UN-Bericht liest sich – auch wenn das nirgends ausgesprochen wird – wie ein flammendes Plädoyer dagegen, Flüchtlinge zwangsweise nach Afghanistan zurückzuschicken. So bezeichnet die Bundesregierung die Hauptstadt Kabul als „ausreichend kontrollierbar“. Das entpuppt sich auf Basis des UN-Berichts jedoch als Farce. Danach ereignete sich die Hälfte aller Selbstmordanschläge und großen Anschläge genau dort.

Und die Lage verspricht nicht besser zu werden. Das US-Verteidigungsministerium weist darauf hin, dass im vergangenen Jahr fast 800.000 Afghanen zurück nach Afghanistan kamen – überwiegend kommen sie aus dem iranischen Exil. Durch den Zusammenbruch der iranischen Währung können sie durch die Arbeit im Iran nicht

mehr ihre Familien unterstützen. 96 Prozent dieser Rückkehrer sind laut US-Militär schlecht ausgebildete alleinstehende Männer unter 30. Das jedoch ist genau die Zielgruppe von Taliban oder IS. Zugleich ist die Truppenstärke der afghanischen Sicherheitskräfte auf dem niedrigsten Stand seit Beginn der aktuellen NATO-Mission „Resolute Support“

im Jahr 2015. In den letzten vier Jahren sind 45.000 Polizisten und Soldaten getötet worden.

Ungeachtet dieser Entwicklung halten Bundesregierung und die meisten Länderregierungen daran fest, vermehrt nach Afghanistan abzuschicken. 283 Menschen wurden im vorigen Jahr nach Kabul abgeschoben, im Jahr davor waren es „nur“ 127. Im Rahmen von Dublin-Abschiebungen sind außerdem 949 Afghanen in andere EU-Staaten ausgeflogen worden (im Vorjahr 524), über ihren weiteren Verbleib gibt es keine Informationen. Generell ist die Praxis der EU-Staaten, Afghanen einen Schutzstatus zu gewähren, sehr unterschiedlich.

Vorübergehende Einschränkungen – nach dem Anschlag auf die deutsche Botschaft im Mai 2017 wurden nur noch angebliche

Gefährder, Straftäter oder „Mitwirkungsverweigerer“ abgeschoben – hat die Bundesregierung schon im Frühjahr 2018 wieder rückgängig gemacht. Und zwar ausgerechnet deswegen, weil der neue Lagebericht des Auswärtigen Amtes „qualitativ ein ähnliches Bild“ zeige wie frühere Berichte. Pro Asyl spricht hier von reiner „Realitätsverweigerung“. Die Anerkennungspraxis des Bundesamtes für Flüchtlinge und Migration zeigt einen Trend, zunehmend mehr Asylanträge als unbegründet zurückzuweisen. 2018 betraf dies zwischen 40 und 50 Prozent der Anträge. Abschieben und töten lassen, scheint die Devise zu sein.

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag



**Proteste am Atomwaffen-Stützpunkt Büchel** Der Militärflughafen (Fliegerhorst) Büchel liegt in der Eifel in Rheinland-Pfalz. Dort üben deutsche Piloten im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ mit Bundeswehr-Tornados, Atombomben ins Zielgebiet zu transportieren und abzuwerfen. In den USA startete die Produktion der neuen zielgenaueren Atombomben B61-12, die auch in Büchel stationiert werden sollen. Wir sagen: Neue Atombomben? Nein, danke!, Nukleare Aufrüstung? Nein, danke!, Abzug der Atombomben? Ja, bitte! und Unterzeichnung des Atomwaffen-Verbotsvertrages? Sofort, gefälligst! Seit Jahren verstärken wir mit unseren Protesten den Druck gegen die 20 Atombomben in Büchel. 2019 werden wir wieder vom 26. März bis 9. August 2019 vor Ort protestieren. Innerhalb der 20 Wochen liegt in diesem Jahr der Aktions-Schwerpunkt auf dem Monat Juli. Mehrere Dutzend Organisationen werden mit vielfältigen Aktionen für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel gemeinsam protestieren und zivilen Ungehorsam leisten. Im Juli und August 2019 wird es ein Friedenscamp geben. Beteiligt sind viele Aktive aus den USA und dem europäischen Anti-Atomwaffen-Widerstand. Alle Termine finden sich auf der Webseite: [www.buechel-atombombenfrei.de](http://www.buechel-atombombenfrei.de)

Marion Küpker, Internationale Koordinatorin der DFG-VK für die Abschaffung von Atomwaffen

## AfD-Gelder und NS-Traditionen

# Nutznießer von Massenvernichtung und Sport-Sponsoren

Ulrich Sander

Die Friedensbewegung liefert oft Enthüllungen zur deutschen Rüstungsindustrie. Stichwort Rheinmetall. Das ist gut so. Doch zu nennen sind hier auch die IG Farben Nachfolger. Zum Beispiel EVONIK. Was produziert EVONIK? Nach einigen Surfen findet man auf der Konzern-Website die Auskunft: „Plexiglas und anderes“. Die Schilde, die uns (und auch den Fans, die mit dem EVONIK-BVB-Trikot herumlaufen) von den Einsatzkräften der Polizei entgegengehalten werden, können durchaus von EVONIK stammen. EVONIK gibt auf einer seiner Seiten auch bekannt: Der Konzern sei wichtig „in der Schutzverglasung (Militär, Polizei, Einbruchschutz ...)“.

Das klingt zunächst harmlos. Wenn es nicht diese Traditionen zum Nazi-Regime geben würde.

Doch der Reihe nach. Erklärt werden müssen die folgenden Namen. Erstens Degussa mit der Tochter DEGESCH. Zweitens August von Finck (senior und junior). Und drittens EVONIK.

Der Name Degussa steht für „Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt“. Das Unternehmen vermarktete in der NS-Diktatur das Zahn-gold der Jüdinnen und Juden, die in den Vernichtungslagern ermordet worden waren. Degussa lieferte über die Tochterfirma Degesch – ausgeschrieben „Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung“ – das tödliche Gas „Zyklon B“ für die Gaskammern in diesen Vernichtungslagern.

August von Finck senior war maßgeblicher Eigentümer der Privatbank Merck Finck. Diese Bank war eng mit dem Nazi-Regime verbunden. Sie expandierte vor allem durch die „Arisierung“ von zwei jüdischen Banken. Die Bank

expandierte auch nach 1945. Der Sohn von August Finck senior, also August Finck junior, verkaufte die Bank und lebt als vielfacher Milliardär heute in der Schweiz.

August von Finck junior bzw. die Bankiersfamilie von Finck erwarb 2010 die Nutzungsrechte für den Markennamen Degussa in Verbindung mit dem Edelmetallgeschäft von EVONIK (siehe unten). Gegründet wurde das Unternehmen *Degussa Sonne/Mond Goldhandel GmbH*, das in der Regel verkürzt unter dem Namen *Degussa Goldhandel* auftritt.

Der Essener Konzern EVONIK schließlich ist der Zusammenschluss von IG Farben Nachfolgern, von Degussa und der Ruhrkohle AG (RAG).

Nun wurde Ende 2018 bekannt, dass die AfD größere Summen an Geld aus dubioser Quelle in der Schweiz erhielt. Dieser Skandal hat sich seither ausgeweitet; die Hin-

tergründe sind noch längst nicht in Gänze ausgeleuchtet. Doch bereits am 26. November 2018 konnte man der *Süddeutschen Zeitung* entnehmen: „Bei der Frage, wer denn mögliche Unterstützer im Umfeld der AfD sein könnten, führt nun eine Spur zum Milliardär August von Finck junior [...] Es deutet viel darauf hin, dass der 88-jährige Finck und sein Bevollmächtigter Ernst Knut Stahl die 2013 gegründete Partei seit den Anfangsjahren aufmerksam beobachtet haben und wichtige Schlüsselfiguren kannten.“ Diese Hinweise haben sich seither verdichtet. Vieles spricht dafür, dass der Milliardär August von Finck die Rechtsextremen von der AfD finanziert.

## Wiederholt sich die Geschichte?

Hitlers Aufstieg seit Mitte der 1920er Jahre ist in starkem Maß der Unterstützung geschuldet, die seine damalige Minipartei von Anfang an seitens reicher Bankiers und Industrieller erhielt. Das NS-Regime selbst konnte den Krieg vorbereiten und durchführen, weil es von den deutschen Bankern und Bossen bis zuletzt gestützt wurde. Nach 1945 wurden einige wenige

industrielle Förderer der Nazis als Kriegsverbrecher angeklagt. Sie kamen jedoch bald wieder frei. Der NS-Unterstützer August von Finck senior war nach dem Krieg einer der reichsten Bankiers mit dem größten Geld- und Grundstücksvermögen. Nun ist sein Sohn August von Finck jun. wieder dabei, wenn es gilt, ultrarechte Kräfte zu fördern.

Wir fragen: Kann derjenige, der die Büchsen mit dem Zyklon B anwandte, heute noch bestraft werden? Ja, lautet die Antwort. Das geht aus den aktuellen Prozessen gegen hochbetagte KZ-Aufseher hervor. Wenn das so ist, warum gilt das nicht für diejenigen, die diese Büchsen herstellten oder lieferten? Es lieferten unter anderem die IG Farben. Noch heute gibt es deren Nachfolger: Bayer und Evonik. Der Name des Degussa-Nachfolgekonzerns steht auf den Trikots vieler tausend Sportfreunde in Dortmund, wenn der BVB spielt. Sollte man nicht genauer hinschauen, wenn einem die Degussa-Gold-Werbeprospekte ins Haus flattern. Gilt nicht: Wer da Gold kauft, fördert die AfD.

Mord verjährt nicht. Oder doch, wenn der Mörder eine große Firma ist, ein Sponsor im Sport.

EU unter Räubern

# Demokratieabbau, soziale Kluft und Militarisierung

Winfried Wolf

Die EWG/EG erschien in den ersten Jahrzehnten des Bestehens vielen fortschrittlich orientierten Menschen als ein „neutrales“ oder auch als ein positiv besetztes Projekt. Es stand für einen Abbau von Grenzen und Zöllen, für Demokratie und Freizügigkeit. Und vor allem für „Nie wieder Krieg“. Das hat sich grundlegend verändert.

**Demokratie in der EWG/EG/EU**

Demokratie spielte in der EWG/EG nie eine ernsthafte Rolle. Wahlen und parlamentarische Gremien waren zunächst gar nicht vorgesehen. Fast ein Vierteljahrhundert

lang (1956 bis 1979) gab es keine parlamentarischen Strukturen. Als 1979 zum ersten Mal eine Europawahl durchgeführt wurde, wirkte dies aufgesetzt. Das ist bis heute der Fall. Dem Europaparlament werden die elementaren Rechte eines „normalen“ bürgerlich-demokratischen Parlaments vorenthalten. Wenn sich die Bevölkerung eines Landes gegen ein zentrales EU-Projekt aussprach, galt die Regel: solange neu wählen, bis das Ergebnis stimmt. 1992 sagten die Dänen Nein zum Maastricht-Vertrag. 2001 und 2008 gab es zwei Mal ein irisches Nein zum Nizza- und dann zum Lissabon-EU-Abkommen. 2005 gab es ein französisches und ein niederländisches

+++ aktiv gegen krieg +++

**Stoppt die Waffenausbildung für Minderjährige!**

Sie werden mir sicher zustimmen: Armeen sind kein Ort für Minderjährige. Die Realität in Deutschland sieht anders aus. Seit 2011 hat sich die Zahl der 17jährigen bei der Bundeswehr mehr als verdoppelt. Allein 2018 wurden 1679 Mädchen und Jungen von der deutschen Armee an der Waffe ausgebildet. Wir haben mit weiteren Organisationen die bundesweite Kampagne „unter18nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“ gegründet. Seit dem 28. März 2019 fordert die Kampagne eine Anhebung des Rekrutierungsalters auf 18 Jahre und setzt sich für ein Verbot jeglicher Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen ein.

Kerstin Deibert  
Mehr Informationen finden sich unter:  
[www.ohne-ruestung-leben.de](http://www.ohne-ruestung-leben.de)

+++ engagiert für den frieden +++

Frieden wählen – auch und gerade in Europa

## Fragen der Friedensbewegung an Kandidatinnen und Kandidaten

Reiner Braun

„Wenn Wahlen etwa verändern würden, wären sie verboten“. Diese Parole stand jahrelang als Graffiti am Ausgang des Dortmunder Hauptbahnhofs. Man muss diese Aussage nicht 1:1 teilen. Doch die Hoffnungen, durch Wahlen ohne gesellschaftliche Veränderungen und ein entsprechendes Klima, ohne umfassende soziale Bewegungen und eine Bewusstseinsveränderung von Millionen Menschen etwas zu verändern, sind in den letzten Jahren auf einen Tiefststand gefallen. Dies gilt erst recht für die EU-Wahlen (die keine Europawahlen sind). Ein Parlament, das selbst wesentliche Rechte eines bürgerlichen Parlaments wie das eigenständige Budget- und Antragsrecht nicht hat, sollte mit großer Skepsis betrachtet und kritisch begleitet werden.

Trotzdem sind Wahlen, so auch die anstehenden zu dem EU-Parlament immer auch Ausdruck eines gesellschaftlichen hier auch internationalen Kräfteverhältnisses.

• Sie drücken Stimmungen und die

Stärke von Bewegungen aus.

- Sie können progressive oder auch reaktionäre Entwicklungen befördern.
  - Sie können außerparlamentarische Aktionen befördern, aber auch hemmen und isolieren.
  - Sie können für gesellschaftliche Gestaltung unterstützend oder auch hemmend wirken.
- Dies gilt bei diesen EU- Wahlen besonders auch für die Themen Frieden und Abrüstung. Mit diesen Wahlen werden die folgenden wichtigen Fragen angesprochen:
- Werden die Kräfte der europäischen Militarisierung gestärkt, PESCO umfassend Realität, der europäische Verteidigungsetat durchgesetzt, der europäische Militärisch-Industrielle Komplex weiterentwickelt?
  - Werden die Überlegungen beiderseits des Rheins für eine europäische Atommacht Realität?
  - Setzen sich die Befürworter der Aufrüstung mit dem 2-Prozent-BIP-Ziel noch stärker durch?
  - Wird der Rüstungsexport in Europa und durch die europäischen

Staaten noch weiter intensiviert?

- Wird die Konfrontation mit Russland zur neuen europäischen Staatsdoktrin?
- Entschieden werden diese Herausforderungen durch das Handeln der Menschen. Also in den Betrieben, in Büros, auf Straßen und Plätzen. Doch Abgeordnete im Parlament können Bewegungen helfen, entsprechende politische Prozesse zu unterstützen, Öffentlichkeit zu schaffen und behilflich sein, Skandale publik zu machen. Sie sind wichtig, wenn sie sich den Protesten, den außerparlamentarischen Aktionen, den sozialen Bewegungen eng verbunden fühlen. Abgeordnete allein werden den Frieden kaum sicherer machen. Im engen Bündnis mit den sozialen Bewegungen – hier insbesondere der Friedensbewegung – können sie eine oppositionelle Kraft gegen die Rüstungs- und Kriegslobby sein, die auf den Fluren der EU-Institutionen präsent ist.
- Deshalb sollten wir „Frieden wählen“. Und uns auf keinen Fall für ein „kleineres Übel“ entscheiden, das sich schon in der Vergangenheit

immer als ein „großes“ herausgestellt hat.

Frieden wählen ist eigentlich ganz einfach. Stellt die folgenden Fragen:

- Unterstützt die Kandidatin oder der Kandidat den UN-Vertrag zum Atomwaffenvertrag und wehrt er sich gegen neue Atomwaffen in Europa?
- Tritt die Kandidatin oder der Kandidat für Abrüstung zugunsten Bildung und Soziales ein?
- Wird sich die Kandidatin oder der Kandidat für ein umfassendes Verbot von Rüstungsexporten einsetzen?
- Arbeiten die Kandidatin oder der Kandidat mit an einem umfassenden Konversionsprogramm?

Wenn es bei diesen Fragen immer eine Friedensantwort gibt, dann und nur dann ist sie oder er wählbar. Es gibt diese Menschen in unterschiedlichen Parteien! Es gibt die Chance, mehr von Ihnen in das EU-Parlament zu bekommen. Nutzen wir diese Chance, um des Friedens und der Stärkung der Friedensbewegung willen.



Nein zur EU-Verfassung. Die EU-Granden reagierten professionell: Man trat den Verfassungsentwurf in die Tonne und verabschiedete stattdessen einen Lissabon-Vertrag, in dem weitgehend das Gleiche steht wie im Verfassungsentwurf. Die Bevölkerung in Dänemark und diejenige in Irland durften dann so lange abstimmen, bis das Ergebnis für Brüssel passte.

In der Euro-Krise wurden dann extrem undemokratische Machtmittel entwickelt. Sie kamen vor allem in der Griechenlandkrise zur Anwendung. In dieser wurden die neu geschaffenen und besonders undemokratischen EU-Strukturen Eurogroup, EZB und Troika (letzteres formal zusammen mit dem IWF) gegen die griechische Bevölkerung in einer Weise eingesetzt, dass gegen die Demokratie in krasser Weise verstieß. So stimmten mehr als 61 Prozent der griechischen Bevölkerung im Juli 2015 in einem Referendum gegen ein neues „Memorandum“ und damit gegen die Fortsetzung der Austeritätspolitik. Die EU interessierte der Volksentscheid nicht.

**Die soziale Kluft**

Die EWG hat in den Römischen Verträgen vereinbart, bestehende soziale Differenzen innerhalb der EWG zu nivellieren. Eine Zeitlang – in den 1950er und 1960er-Jahren – wurde die soziale Kluft nicht wesentlich größer. Doch seit den großen Erweiterungsprozessen der EU in den Süden und nach Osten wird die soziale Kluft von Jahr zu Jahr größer. Es entwickelte sich eine abdriftende Peripherie (mit Irland, Portugal, Spanien, Italien, Kroatien, Zypern, Griechenland, Bulgarien, Rumänien und einem größeren Teil der anderen osteuropäischen Ländern) und ein relativ prosperierendes Zentrum mit Deutschland, Österreich, Luxemburg und den Niederlanden. Nehmen wir als Durchschnittswert das Bruttoinlandsprodukt je Kopf. Und setzen wir im jeweiligen Jahr das Durchschnittseinkommen in der EWG/

EG/EU gleich 100. Dann gab es 1960 in der EWG die Spannweite Bundesrepublik Deutschland (als damals das Land mit dem höchsten BIP pro Kopf) = 117. Das in diesem Sinne „ärmste“ Land war Italien mit Index 91. Das BIP pro Kopf in Italien erreichte immerhin 78 Prozent des BIP pro Kopf in der BRD. 2016 sieht es deutlich anders aus. Nun liegt Deutschland bei Index 124 (also um 24 Prozent über dem EU-Durchschnitt). Die ärmsten EU-Länder sind Bulgarien (Index 48), Rumänien (Index 58) und Kroatien (Index 59). Das BIP pro Kopf in Bulgarien erreicht 39 Prozent des BRD-BIP-Werts. Und es gibt eine Reihe anderer Länder (wie Ungarn, Polen, Slowakei, Griechenland), deren BIP pro Kopf bei weniger als der Hälfte des BRD-Werts liegt. Wobei dies Durchschnittswerte sind. Die reale Situation ist oft wesentlich brutaler.

**Die EU, die Kriege und die EU-Militarisierung**

Nach 1990 wurde in der EU die Tendenz zur Militarisierung, die es schon immer gab, massiv verschärft. Zunächst in der Art und Weise, wie auf die Krise in Jugoslawien reagiert wurde. Die vorzeitigen diplomatischen Anerkennungen der „Ausgründungen“ Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina beschleunigten die Krise und begünstigten die Balkankriege. Schließlich beteiligten sich im Kosovokrieg 1999 die führenden EU-Staaten aktiv an einem völkerrechtswidrigen Krieg, wobei sie sich dabei gleichzeitig sklavisch den USA unterordneten. Ende 2017 kam es zu einer neuen Steigerung des Militarisierungsprozesses der EU – zur Bildung von PESCO (deutsch: „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“). Es handelt sich um ein Bündnis innerhalb der EU von 23 EU-Mitgliedstaaten (Malta und Dänemark blieben außerhalb), das sich die Militarisierung der EU zum Ziel setzt. Unter anderem verpflichtet PESCO die Mitgliedstaaten, die Rüstungsausgaben in jedem PESCO-Staat von Jahr zu Jahr anzuheben.

Bilanz: Die EU ist undemokratisch, unsozial. Sie treibt die Militarisierung der Welt voran. Und sie sieht in Kriegen ein Mittel der Politik.

## Interview mit Ann Wright

## Die Kriegspolitik der USA

Colonel [Oberst] Ann Wright diente 29 Jahre lang in der US-Armee bzw. als Reservistin. Sie stand 16 Jahre lang im Diplomatischen Dienst der US-Regierung und war in diesem Rahmen in unterschiedlichen Funktionen aktiv an den US-Vertretungen in Nicaragua, Grenada, Somalia, Usbekistan, Kirgisien, Sierra Leone, Micronesien, in der Mongolei und in Afghanistan. Aus Opposition gegen den US-Krieg im Irak verließ sie 2003 den diplomatischen Dienst. Anne Wright lebt in Honolulu. Sie ist Mitglied von Code Pink, von Hawaii Peace and Justice Veterans for Peace-Hawaii [den Hawaii-Veteranen für Frieden und Gerechtigkeit] und dem internationalen Netzwerk „No to war – no to Nato – Nein zum Krieg – Nein zur Nato.“

Der Gipfel mit Nord Korea hat nicht das erwünschte Signal Richtung Frieden gebracht – überraschend?

Der Gipfel in Hanoi musste scheitern, ging es doch Präsident Trump nicht um eine neue Entspannungspolitik auf der koreanischen Halbinsel, sondern um „Amerika First“, also um die Gewinnung einer hegemonialen Übermacht durch die Entwertung des Gegners in diesem Falle Nord-Korea. Regime Change auf schleichenden Sohlen oder mit Flötentönen. Deswegen seine Forderung nach Vernichtung der koreanischen Atomwaffen möglichst ohne oder mit geringen eigenen Zugeständnissen und mit keiner oder bestenfalls einer geringfügigen Aufhebung der Sanktionen. Und nicht zuletzt die Forderung auf Zugriff auf die koreanischen Ressourcen.

Frieden und Entspannungspolitik sieht anders aus. Der Dialog zwischen Süd- und Nord-Korea ist dafür ein Beispiel – das ist Politik in der Tradition von Willi Brandt.

Doch eine echte Entspannungspolitik ist von einem der aggressivsten Unterstützer des militärisch-industriellen Komplexes und einem fanatischen Aufrüster und Militaristen nicht zu erwarten: Die Kriegsdrohungen gegen den Iran und Venezuelas sind nur die letzten Beispiele. Sie zeigen, unter welchen Gefahren wir zurzeit auf dem Planeten Erde leben müssen. „Regime Change“ für „Amerika First“ – das ist die Devise. Die Hoffnungen vieler Menschen im Iran, den ich gerade besucht habe, auf eine Verbesserung der sozialen und menschlichen Situation durch den „Iran Vertrag“ soll in Hunger und Elend besonders durch Menschen verachtenden Sanktionen verhindert werden, ja durch eine militärische Intervention mit den Despoten aus Saudi Arabien und der Vereinigten Arabischen Emirate in Blut erstickt werden. Die Menschen im Iran brauchen unsere Solidarität in vielfacher Hinsicht.



Grafik: Arno Funke

#### Was bestimmt die Politik der Trump Administration?

Ein geradezu fanatischer Aufrüstungskurs, auf der Erde, zu Wasser, in der Luft und im Weltall. 725 Milliarden US-Dollar – das ist der aktuelle Umfang des US-Budget für Verteidigung. Wenn wir die militaristischen Positionen in anderen Haushaltstiteln dazu zählen, fehlt nicht viel bis zu einer Billion Dollar. Allein rund 20 neue Militärbasen werden in Südamerika eingerichtet. Die Konfrontation mit Russland wird weiter verschärft. Und das vor dem Hintergrund, dass in den USA 20 Prozent der Kinder in Armut leben, sehr viele Städte verfallen und die Schäden des Hurrikans in New Orleans, der vor mehr als 15 Jahre stattfand, immer noch nicht behoben sind.

Die Stationierung neuer Atomwaffen in Europa droht. Die Politik der USA und der NATO bringt den Atomkrieg nach Europa zurück:

Der US-Militärhaushalt ist fast dreimal so groß wie die Militäretats von China und Russlands addiert. Es sind nur noch wenige traditionelle Säulen der „Legitimität“, die die US-Regierung übergelassen hat.

Das US-Militär tötet weiterhin Menschen in sieben Ländern. Das Killer-Drohnenprogramm der Bush-Obama-Administration wurde unter Trump weiter ausgeweitet.

Damit werden Menschen in Afghanistan, Irak, Syrien, Jemen, Somalia, Mali und an Orten, von denen wir nichts wissen, ermordet. Die achtzehn Jahre, in denen die USA in Afghanistan waren, haben dazu geführt, dass Zehntausende in Afghanistan und hier in Pakistan getötet wurden. Die Taliban kontrollieren jetzt große Teile des Landes und die Gespräche der USA mit den Taliban werden von einer Figur aus der Bush-Ära geführt, dem ehemali-

gen US-Botschafter in Afghanistan und Irak, Zalmay Khalilzad.

#### Aber die NATO spielt für Trump nicht die zentrale Rolle?

Die NATO ist für Trump nicht unwichtig, solange sie aufrüstet und der Devise „Amerika First“ ihren Tribut erweist. Deshalb der Druck auf die Verbündeten, zwei Prozent ihres BIP für Waffen und Krieg auszugeben. Was Trump nicht ausstehen kann, ist „militaristische Emanzipation“: dass die Verbündeten mitreden wollen. Diese sind Befehlsempfänger und niemals Partner. Diese Kategorie kennt Trump nicht. Da verkennt er die Veränderung der geostrategischen Weltlage und die Schwächung der USA durch verlorene Kriege, insbesondere dem im Irak. Ein Zurück zur alten unipolaren Weltordnung wird es auch

unter Trump nicht geben

Diese Politik des „Amerika First“ findet durchaus die Sympathie von Teilen der Öffentlichkeit in den USA, die isolationistisch gestimmt ist und die mit dem Rest der Welt wenig zu tun haben wollen, außer dass man sich die Ressourcen der Welt gewaltsam beanspruchen will. US-Mobbing von anderen Nationen, um diese den Willen der USA in der Handelspolitik zu beugen, dies entspricht Trumps „Make Amerika First“-Devise.

NATO ja, wenn sie ihm hilft, militärische Ziele der USA zu erreichen, alleine oder in „Koalitionen der Willigen“, wenn ihm das einfacher erscheint. Was er ausbaut, sind die Militärbasen der USA, besonders auch die Air Base Ramstein. Was er möchte, ist, dass die betroffenen Länder sie auch noch finanzieren –

ganz der „deal maker“. Ich kann nur hoffen, dass wir diese Umverteilung gemeinsam verhindern können.

Vor welchen Perspektiven steht die Friedensbewegung?

Trumps rassistische Einwanderungspolitik, einschließlich des Reiseverbots für Personen aus sieben muslimischen Ländern, die Trennung von Familien, die politisches Asyl an der Grenze zwischen den USA und Mexiko suchen, die Inhaftierung von Kindern, der Diebstahl von Migrantenkindern, die ihren Eltern genommen werden, das Einsperren von Kindern in Pferche, verrückt gemachte kleine Kinder, die sich selbst vor dem Einwanderungsgericht verteidigen müssen – alle diese Elemente haben die Einwanderungspolitik von Trump zum Gegenstand von Untersuchungen durch globale Menschenrechtsorganisationen gemacht.

Vergessen wir aber auch nie: Je mehr Trump innenpolitisch unter Druck steht – seine Lügen, seine ungehemmte Bereicherung, sein ego-manischer Führungsstil werden immer

offensichtlicher – desto aggressiver wird sein Verhalten nach außen. Deutlich ist aber auch: Die nächsten zwei Jahre werden – auf nationaler und internationaler Ebene – von einer zunehmenden und berechtigten Wut von Millionen Menschen begleitet sein – Wut sowohl auf die Politik der Trump-Regierung und auf das US-Imperium. Unsere Arbeit als Menschenrechtsaktivisten und Stopp-den-Krieg-Aktivisten muss grenzenlos sein und darf nicht enden.

Wir werden weiterhin die Kriegsverbrechen unserer Regierung öffentlich machen. Wir beteiligen uns aktiv an den Aktionen des internationalen Netzwerks „No to war – No to NATO“. Wir taten dies im Rahmen des 70-jährigen Geburtstages der NATO.

### +++ aktiv gegen krieg +++

#### Stand up against Cold War II!

Mit der Aufkündigung des INF-Vertrages und der „Modernisierung“ des gesamten Atomwaffen-Arsenals entwickelt sich ein zweiter Kalter Krieg. Der 1987 abgeschlossene INF-Vertrag (Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme) verbietet die Produktion, Tests und die Stationierung von landgestützten Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Metern. Dieser Vertrag verkörpert den Sieg von Millionen Europäern, die in den 1980er Jahren gegen die in Europa stationierten atomaren Mittelstreckenraketen demonstriert hatten. Als Resultat zerstörten die USA 846 ihrer Raketensysteme und 32 Abschusseinrichtungen; die UdSSR zerstörte ihrerseits 1846 Raketen und 117 Abschusseinrichtungen. Der INF-Vertrag war das erste sichtbare Zeichen für ein Ende des Kalten Kriegs. Damit dürfte es in Bälde mit dem Ausstieg der US-Regierung aus dem Vertrag vorbei sein. Washington behauptet, das russische System Novator 9M729 verfüge über atomar bestück-

te Raketen mit einer Reichweite von mehr als 500 Kilometern. Der Zufall will es, dass es zur selben Zeit die US-Regierung ist, die die Tür zu solchen Mittelstrecken-Raketen öffnet. Sie tut dies, indem sie die bereits beschlossene Modernisierung“ der Atomwaffen, die auf deutschem, niederländischem, italienischen, belgischen und türkischen Boden stationiert sind, umsetzt. Der Generalstabschef der russischen Armee, General Gerasimov, deutete an, dass die Orte mit solchen Raketenabschusseinrichtungen, „im Tausch zu Zielpunkten“ russischer Atomraketen werden würden. Im Klartext: Der Rückzug vom INF-Vertrag führt zu einer massiven atomaren Bedrohung aller Europäer. Verantwortungsbewusstes Handeln heißt jetzt: Alles zu tun, damit der INF-Vertrag nicht vollends kollabiert. Das erfolgt am besten, indem immer mehr Staaten den UN-Vertrag zum Verbot aller atomaren Waffen unterzeichnen. Auf diese Weise würde der Weg frei zur Vernichtung aller Atomwaffen.

Arielle Denis – International Peace Bureau (IPB)

### +++ engagiert für den frieden +++